

Bezugspreis:

Bestelljahr 30.—M., monatlich 10.—M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.—M., erst zu-
stellungsgelände. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.10 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal Zustellung 21.50 M. Post-
leistungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Einsteuern in
die Post-Verkehrs-Verhältnisse.

Per „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal, Sonntags und Mont-
tags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 2. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Normalezeile
kostet 15.—M., Fernerungszufschlag 50%.
„Kleine Anzeigen“, das ist
gedruckte Wort 1.—M. (zufällig zwei
Zeichensätze), jedes weitere
Wort 60 Hg. Einzeile und
Schließzeile kosten das erste Wort
60 Hg., jedes weitere Wort 40 Hg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Fernerungszufschlag 50%.
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Seite 2.—M., politische und ge-
werbliche Anzeigen 3.—M. die Zeile ohne Aufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hausvertrieb Berlin SW. 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Abdruck
nach 9 Uhr (ab) bis 5 Uhr abends.

Deutschösterreichs Anschlußwille.

Die Nationalversammlung in Wien hat einstimmig be-
schlossen, daß spätestens innerhalb eines halben Jahres eine
Volksabstimmung über die Frage des Anschlusses an das
Deutsche Reich abzuhalten ist.

Den derzeitigen Herren der Welt hat es in ihrem un-
erforschlichen Ratsschluf zu St. Germain gefallen, einen Teil
des deutschen Ostalpenlandes samt einem Streifen nördlich
der Donau zu einem Staat zu machen. Hunderttausende ge-
schlossen fiedelnder Volksgenossen wurden von ihm abgerissen,
das deutsche Westungarn hält Hartig trotz dem Diktat fest
und benützt es als Aufmarschgelände für eine Armee, die vier-
mal stärker ist, als die Entente befahl, das Volksabstimmungs-
gebiet in Kärnten sieht unter dem Terror der Südslawen, die
das Land beanspruchen und die man es befehen lieh.

Deutschösterreich, das sich nicht so nennen darf, und dem
mit bewußt fränkender Absicht der Name des alten Groß-
herzogtums in die Stirn gebrannt wurde, kann sich nicht
selbst ernähren, hat fast keine Rohstoffe, keine Meeresküste und
steht mit einer schier wertlosen Valuta als der Bettler unter
den Staaten da. Dieses Land, dem das deutsche Volk einen
beträchtlichen Teil seiner größten Tonhüter, Dichter, Schrift-
steller, Gelehrten und Künstler verdankt, darf nicht vollziehen,
was sein erster feierlich verkündeter Entschluß war: Die Ver-
einigung mit dem übrigen Deutschland.

Die Volksabstimmung über die Anschlußfrage wird
zwangsläufig, weil naturnotwendig, ein überwältigendes Ja
ergeben. Wird auch dann die Entente, die unter der Fahne
des Selbstbestimmungsrechts und der Völkerbestimmung ihre
Kampfschlacht ins Feuer schickte, Nein sagen?

Christlichsozialer Landesverrat.

Wien, 1. Oktober. (Eigener Stadtbericht des „Vorwärts“.)
Der christlichsoziale Abg. Dr. Matzka hat gegen unteren Parteigenossen
Abg. Starck eine Verleumdungsklage angehängt, weil
Starck ihm in der Sitzung des Wiener Gemeinderats Landesverrat
vorgehalten hätte. Durch diese Klage sollten die Enthüllungen der
„Arbeiterzeitung“ über die Beziehungen zwischen den Christlich-
sozialen und Hartig-Ungarn auf ein Nebengleis gehoben
werden. Der Ausschuß der Nationalversammlung hatte die Aus-
lieferung Starcks bewilligt. Bei der Verhandlung im Plenum protestierte
Dr. Friedrich Adler energisch dagegen, da es sich um eine politische
Sache und um eine Verleumdungsklage handelt. Adler verlas eine
Reihe von Dokumenten, aus denen sich ergibt, daß der Herausgeber
der parteiamtlichen christlichsozialen Korrespondenz den unga-
rischen Presseschef Reich eingehend über die vertraulichen Be-

sprechungen des Hauptauschusses und des Ausschusses für auswärtige
Angelegenheiten informiert hat. Die Folge dieser Enthüllungen war,
daß das Haus mit 62 gegen 43 Stimmen die Auslieferung Starcks
ablehnte.

Versammlungstumult in Wien.

Wien, 1. Oktober. (Telunion.) Gestern Abend kam es in einer
Christlichsozialen Wählerversammlung zu großen
Tumulten. Ungefähr 50 Volkswehrleute
waren in die Versammlung eingebrochen und begleiteten die Rede
des christlichsozialen Parteivorsitzenden Kunschak mit Schreien.
Im weiteren Verlauf kam es zu großen Störungen. Plötzlich fiel
ein Revolvererschuß, der glücklicherweise niemand traf und in
die Decke des Versammlungssaals eindrang. Dies war das Signal
zu großen Tumulten, da sich hunderte panisch dem Ausgang zu-
wandten. Seitens der Sozialdemokraten wurde der Kooperator
Sonntag beschuldigt, den Schuß abgegeben zu haben. Man
hörte seitens der Volkswehrleute den Ruf: „Der Schiffe
hat geschossen.“ Volkswehrleute stießen über Sonntag her
und schlugen ihn mit Knütteln nieder. Auch der Sekretär des
Christlichsozialen Arbeitervereins wurde zu Boden geschlagen. Die
Polizei war zu schwach, die Ordnung sofort wiederherzustellen.
Mehrere Frauen, welche zu Boden gestürzt waren, bluteten an Ge-
sicht und Händen. Es dauerte längere Zeit, bis die Ordnung
wiederhergestellt werden konnte.

Der Vorgang hat besonders in bürgerlichen Kreisen große Er-
regung hervorgerufen. Staatssekretär Rath berief einen außer-
ordentlichen Ministerrat und beauftragte den Staatssekretär für
das Heerwesen Deutsch, bis dahin das Material für die Unter-
suchung des Falles vorzubereiten. Deutsch erließ einen Befehl an
die Wehrmacht, in dem es heißt: „Ich werde jede im Wahlkampf
erfolgte geschwändrige Handlung von Angehörigen der
Wehrmacht aufs strengste ahnden. Wer versucht, Andersgesinnten
seinen politischen Willen mit Gewalt aufzuzwingen, ist nicht
würdig, den Rock des Wehrmannes zu tragen; er
wird schamlos aus den Reihen der Wehrmacht ent-
fernt werden.“

Streik der Zeitungsangestellten.

Die Berliner Zeitungsangestellten sind in den Streik
getreten. Eine Zustellung dieser Nummer an die Abonnenten
kann daher nicht garantiert werden.
(Siehe auch Beilage.)

Die Sowjetarmee auf dem Rückzug.

Warschau, 1. Oktober. (Tel.) Amtlicher Heeresbericht vom
30. September: Nach der Vernichtung der Sowjet-
truppen, die im Abschnitt Lida konzentriert waren, zogen
unsere Truppen die restlose Verfolgung des Feindes in östlicher
Richtung fort. Der Feind zieht sich in panischer Unordnung zu-
rück, wobei er von allen Seiten einrückende Verbände unserer Ab-
teilungen abzuwehren hat. Eine Sowjetdivision ging voll-
ständig zu und über, nachdem sie vorher die Kommissare, die sie zum
Widerstand zu zwingen suchte, ermordet hatte. Nach Aussagen
von Gefangenen hatte der Befehlshaber der dritten
Sowjetarmee, als er die drohende Situation erkannte,
Selbstmord begangen. Die großpolnische Gruppe, die sich von
Elonin aus vorwärts bewegte, eroberte am 30. September im helden-
mütigen Angriff Baranowitsch. Südlich des Pripiet zog sich
der Feind unter unserem Druck auf die Linie des Flusses Sluzh
zurück. Unsere Kavallerie besetzte Zwischel, wobei sie Gefangene
machte und 6 Geschütze erbeutete.

Der polnische Generalstab meldet die Einnahme von Ka-
meny-Podolsk.

Frankreichs Kolonie Polen.

Der „Kurier Warszawski“ gibt Äußerungen des Fi-
nanzministers Grabkhi über das von ihm in Paris ge-
schlossene Abkommen mit Frankreich wieder. Danach wird
Frankreich Polen auch nach Friedensschluß Waffen,
Munition und Ausrüstung für das Heer liefern. Polen dagegen werde
Frankreich 30 000 Tonnen Acker und 10 000 Waggons Petroleum
liefern, was fast die Hälfte der Produktion der galizischen Pe-
troleumquellen ausmache. Dieses polnisch-französische Abkommen ist
für die Dauer eines Jahres abgeschlossen.

Englisch-russischer Handelsvertrag.

London, 1. Oktober. (Holländisch-Russisches Bureau.) Der „Daily
Herald“ meldet: Die englischen und die Sowjetvertreter haben sich
bereits über die folgenden sieben Punkte geeinigt:

1. Waren aller Art, mit Ausnahme von Kriegsmunition,
sollen in und aus Rußland frei ein- und ausgeführt
werden.

2. Die Schifffahrt zwischen beiden Ländern soll unter die all-
gemeinen internationalen Gesetze fallen, aber beide Staaten können
für das Land von Matrosen Bedingungen stellen.

3. Jeder Staat kann in das Gebiet des anderen Handels-
agenten entsenden, die alle Vorrechte, die sonst Konsuln
zugesprochen werden, genießen sollen.

4. Die britische Regierung sieht von allen Beschlagnah-
men oder Verfallsverordnungen von Waren ab, die Sowjet-
rußland oder seinen Bürgern gehören.

5. Die Sowjetregierung verzichtet auf alle Verfallsver-
ordnungen und Beschlagnahmungen von Gütern, die Privatpersonen
der britischen Nationalität gehören.

6. Die Frage der Schulden der zaristischen Regierung wird
einer Friedenskonferenz zugewiesen.

7. Beide Parteien können das Abkommen mit sechsmonatlicher
Frift kündigen.

Die russische Delegation hat auf Grund dieser Abmachungen
bereits große Einläufe in gewebten Stoffen und Maschinen gemacht.
Die erste Bezahlung der Güter soll in Gold bestehen, das bereits in
einer Bank in Reval hinterlegt ist.

Neuer sozialistischer Wahlsieg in Dänemark.

Kopenhagen, 1. Oktober. (WPA.) Nach dem heutigen Land-
stimmwahlen besteht der Landsting (die auf Grund eines Zensus-
wahlsrechts zu wählende Erste Kammer. (Die Red.) aus 18
Konserverativen, 8 Radikalen, 22 Sozialisten und 31 Mitgliedern der
Linken. Zwei Wahlen stehen noch aus. Das bisherige Landsting
bestand aus 14 Konserverativen, 8 Radikalen, 10 Sozialisten
und 31 Mitgliedern der Linken. Infolge der Rückkehr Südjütlands
ist die Anzahl der Landstingmandate um vier erhöht worden. Die
Mandate gelten für acht Jahre, jedoch wird die Hälfte der Man-
date nach vier Jahren erneuert. Das eriemal entscheidet das Los,
wer abgehen soll.

Nur 12 000 deutsche Kriegsgefangene in Sibirien. Wie die
„Telegr. Union“ erzählt, sind nach zuverlässigem Material, das in
Berlin vorliegt, 15 000 Kriegsgefangene aus Sibirien bereits
zurückgeführt, 10 000 bis 12 000 sind noch zurückgeblieben. Die
Gesamtzahl der in ganz Rußland befindlichen Kriegsgefangenen
aller Nationalitäten beträgt 150 000.

Aufdeckung einer Spitzelzentrale

Aus Nürnberg wird uns geschrieben:

Die Enthüllungen aus dem Kopf Lütger Spigel-
sumpf ließen erkennen, daß es sich nicht um eine lokale
Organisation der Reaktionen handelte, sondern daß über
Deutschland ein weitverzweigtes Netz von Spitzelzentralen be-
steht. In Nürnberg ist es gelungen, eine dieser Spitzelzentralen
aufzudecken. Unter dortigen Parteielorganisation ist eine
Dienstanzweisung der staatlichen Polizeiwehr in die Hände
gefallen, an deren Kopf „Streng geheim“ steht. „Nur von
Offizieren aufzubewahren, nur von Offizieren zu bearbeiten“.
Diese Dienstanzweisung gibt ein ganz genaues Bild über das
Treiben der politischen Spitzel. Bei der staat-
lichen Polizeiwehr in Nürnberg ist eine eigene Agenten-
abteilung eingerichtet, deren Geschäftsräume unter Verwendung
einer Deckbezeichnung außerhalb des Gruppenstabes unter-
gebracht sind. Die Agenten werden auf einen Decknamen
verpflichtet und unter diesem Decknamen in der Liste geführt.
Außerdem erhält jeder politische Agent einen Ausweis, der
seine Identität mit dem Decknamen beglaubigt. Die Beamten
dieser Agentenabteilung müssen außerhalb der Kaserne wohnen
und bürgerliche Kleidung tragen. Die Nürnberger Spitzel-
organisation steht mit der Reichswehr und mit der
Einwohnerwehr sowie auch mit der Kreis-
regierung in engster Fühlung, diese Behörden erhalten
wöchentlich einen Bericht von der Agentenabteilung über das,
was die Spitzel ausgeführt haben. Die Tätigkeit der
Spitzel muß sehr vielseitig sein, denn in der geheimen
Dienstvorschrift wird darauf hingewiesen, daß sie über das
Austreten politischer Führer, über besonders lästige Agitatoren
Berichte einbringen müssen. Ferner haben sie die Stimmung
unter der Reichswehr und der Polizeiwehr zu eruieren. Sie
müssen die Einwohnerwehr bespitzeln und in den Fabriken
herumhören. Ja, selbst auf das Eisenbahnpersonal haben
sie Obacht zu geben. Überall müssen sie dabei sein, bei
Lebensmittelkravallen, bei Demonstra-
tionen, bei Streiks usw.

Wie diese Aufgaben der Spitzel zu lösen sind, darüber
sagt ein Paragraph des „streng geheimen“ Dokumentes:

- a) durch die persönliche Beobachtung der
Agenten auf der Straße, in den Straßenbahnen,
in Wirtschaftshäusern und Kinos usw.,
- b) durch den Besuch der öffentlichen und ge-
heimen Versammlungen,
- c) durch Heranbildung eines Systems von Ver-
trauensleuten in den Städten Nürnberg und
Fürth,
- d) durch Ueberwachung politisch besonders
tätiger Persönlichkeiten,
- e) durch Ueberwachung der Organisation
und der Maßnahmen aller Parteien,
- f) durch ständige Fühlungnahme mit Kri-
minalpolizeibehörden und der politischen
Abteilung der Reichswehrbrigade 24 in Nürnberg,
- g) durch tägliche Fühlungnahme mit der Presse-
abteilung.

Daneben ist auch jedes andere Mittel zu-
lässig. Hauptsache aber ist und bleibt bei allen Hand-
lungen: strengste Geheimhaltung und größte
Unauffälligkeit gegenüber der Öffentlichkeit.

Die Meldungen sind nur mit dem Deck-
namen zu zeichnen und stets „An den Kommandeur der
Gruppe II“ zu richten.

Die Gewährung von Geldmitteln zur Be-
streitung von besonderen Auslagen der Agenten und für
Belohnungen bei besonders wertvollen Nachrichten ist be-
antragt.

Um ihre Unentbehrlichkeit nachzuweisen, haben dann die
Spitzel die Behörden und Verwaltungen mit gefälschten
Nachrichten überschwemmt, sie haben Unterredungen mit den
zu Bespitzelnden einzach erfinden. Diese erlogenen Berichte
gehen dann an die Behörden und danach treffen diese dann
Anordnungen.

In einem Prozeß, der dieser Tage vor dem Nürn-
berger Gericht stattfand, wo es sich darum handelte, einem
treu auf dem Boden der republikanischen Verfassung
stehenden Leutnant aus der staatlichen Polizeiwehr hinaus-
zudrängen, ist es gelungen, zwei der Hauptspitzel der Nürn-
berger Zentrale zu entlarven. Diese beiden Spitzel waren
gegen den republikanischen Offizier als Belastungszeugen ge-
laden. Auf die Frage des Verteidigers an den einen Be-
lastungszeugen, einen Oberwachmeister, ob er die beiden
Spitzel D. und S. (das sind die Decknamen) kenne, erklärte
der Oberwachmeister: Nein. Darauf wurde ihm auf den Kopf
zugehakt, daß er, der Oberwachmeister, unter diesen beiden
Decknamen der Agentenabteilung angehöre. Der andere Be-
lastungszeuge erklärte, Reisender zu sein. Ihm wurde vor
Gericht nachgewiesen, daß er politischer Agent sei und dafür
bezahlt werde. Welcher Subjekte man sich bedient, um
politische Parteien und deren Führer, um die Bevölkerung

zu beipfehlen, darüber gab der Nürnberger Prozeß ebenfalls Aufschluß. Der Führer der Nürnberger Spitzelabteilung, der unter zwei Decknamen sein trauriges Handwerk ausübt, stand vor zwei Jahren wegen Betruges unter Anklage. Er konnte jedoch nicht bestraft werden, weil ein gerichtsarztliches Gutachten feststellte, daß dieser Mann vollständig degeneriert, ferner Morphinist sei, und daß sich seit Jahren ein Verfall seiner geistigen Kräfte bemerkbar mache. Ein weiteres ärztliches Gutachten, das eingeholt wurde, weil der Oberspitzel, der aus Nürnberg ausgewiesen war, wegen Dammbruchs unter Anklage stand, besagte, daß der Mann zu jeder geistigen Tätigkeit unfähig sei. — Der andere Oberspitzel war früher Kommunist und ist heute bei den Deutschvölkischen. Er ist ein Mann, der für Geld zu jeder Zeit zu kaufen ist.

Diese Enthüllungen über die Tätigkeit der Nürnberger Spitzelzentrale wie auch über die Spitzel selber werfen ein Schlaglicht auf die politischen Zustände in Bayern, von wo aus nach einer Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten die „Wiedergeburt Deutschlands erfolgen soll“. Genau so wie die Reaktionen nach dem mißlungenen Kapp-Putsch unter der Decke unermüdlich weiterarbeiten, wie die monarchistischen Militärs ihre Pläne zurechtlegen, so wird auch in der staatlichen Polizei ein System gehandhabt, das unerhört ist. Leute, die wegen Betruges unter Anklage standen, die degeneriert und geistig minderwertig sind, werden benutzt, um die Bevölkerung zu beipfehlen, um republikanische Offiziere von ihren Posten zu verdrängen, um Berichte über die Stimmung in den Massen an die Behörden zu schreiben, nach denen diese dann sich mit ihrer Politik richten sollen. Kotorische Lumpen werden mit hochverantwortlicher politischer Tätigkeit betraut. Das ist ein Skandal, der zum Himmel stinkt.

Die sozialistisch denkende Bevölkerung hat alle Ursache, diesen Vorgängen in der Politik ein besonderes Augenmerk zu schenken. Wäre durch die leichtfertige Politik der Linkradikalen die deutsche Arbeiterschaft nicht gespalten, die Reaktion hätte wirklich nicht den Mut, so ungeniert zu solchen Mitteln zur Bekämpfung der Arbeiterschaft zu greifen. Für die wahren Sozialisten ergibt sich daraus die Pflicht, sich nicht mehr als bisher um die Fahne derjenigen Partei zu sezen, die innerlich geschlossen und gefestigt, von einem einheitlichen Willen befeuert ist: allen Arbeitern der Hände und des Kopfes im Kampfe gegen die Reaktion Führer zu sein.

Um Preußen.

Ein Antrag der Rechten.

Nachdem der Kellereiausschuß der Preussischen Landesversammlung die Anträge der beiden Rechtsparteien auf Vornahme der Wahlen am 12. Dezember abgelehnt und beschlossen hat, die Neuwahlen drei Monate nach Fertigstellung der Verfassung stattfinden zu lassen, bringen nimmere Deutsche Nationalsozialistische und Deutsche Volkspartei ziemlich übereinstimmende formelle Anträge ein, in denen die Staatsregierung ersucht wird, die Neuwahlen auf Grund eines Notwahlgesetzes spätestens am 12. Dezember vorzunehmen.

Der Hinweis auf das Notwahlgesetz zeigt ohne weiteres den Grund, warum diese Anträge abgelehnt werden müssen, denn selbstverständlich kann ein ordentliches Parlament nicht auf Grund eines Notwahlgesetzes gewählt werden. Solange die Nationalversammlung ein Wahlgesetz nicht hergestell hat, ist ihre Aufgabe eben noch nicht beendet. Der Gedanke eines Notwahlgesetzes ist um so obwegiger, als der Entwurf des ordentlichen Wahlgesetzes eben von der Staatsregierung angenommen worden ist und in kürzester Zeit von der Nationalversammlung verabschiedet werden kann.

Der Kampf um die Parteikasse.

Ein Aufruf und eine Schlacht.

Der Kampf um den Kommunismus spielt sich in der U. S. P. immer mehr zu einem Kampf um das Privateigentum zu. Die Frage, wer die richtigen Prinzipien mitnimmt, tritt an Interesse weit zurück hinter der andern, wer bei der Parteipaltung das Parteieigentum, namentlich die Parteikasse entführt. Wir berichteten bereits, daß der Bezirksleiter für Teilton-Weeslow, Richard Krille, von der Kreisdelegiertenversammlung abgesetzt wurde, weil er versucht hatte, die Kasse für die U. S. P. sicherzustellen. Er verteidigt sein Verhalten in der „Freiheit“ damit, daß es seine Pflicht gewesen sei, zu verhindern, daß einzelne Kassierer mit dem persönlichen Uebertritt zur R. P. D. dieser auch die Kasse auslieferten. Der geschäftsführende Ausschuß der U. S. P. von Groß-Berlin erläßt in der „Freiheit“ folgenden Aufruf:

Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes Berlin-Brandenburg macht nachdrücklich darauf aufmerksam, daß Vorstandswahlen (einschließlich Kassierer) der Orts-, Distrikte- und Bezirke nur nach vorheriger Aufkündigung in einer hierzu einberufenen Generalversammlung stattfinden können.

Besonders warnen wir vor jeder unrechtmäßigen Aneignung und Zurückhaltung von Kassen oder Materialien, die der Gesamtmittelschaft gehören.

Wer etwa noch im Zweifel sein sollte, welche Gründe diesen Aufruf veranlaßt haben, den verweisen wir auf den nachstehenden Bericht, der zeigt, wie in einzelnen Distrikten der Kampf um die Kasse bereits mit Brandstiftung gefährdet wird.

Am 30. September tagte die Mitgliederversammlung des 6. Distriktes der U. S. P. in der Königsbühl, Gr. Frankfurter Straße 117. Die Gegensätze plöhen hart aufeinander. Weil ein Zusammenarbeiten im Distriktsvorstand unmöglich war — sechs waren für und drei gegen Kossau —, wurde der Antrag gestellt, aus der Mitgliederversammlung eine außerordentliche Generalversammlung zu machen, um die drei Gegner Kossaus aus dem Vorstand herauszudrängen. Der Antrag drang durch. Die Moskauer waren zahlreich mit Adolf Hoffmann an der Spitze erschienen, während die Rinderheig mit Stadtrat Hermann Weise auf den Plan trat. Es entspann sich eine äußerst heftige Debatte. Die Anhänger Kossaus liehen ihren langjährigen Parteigenossen Stadtrat Weise fast kaum zu Worte kommen. Bei der folgenden Wahl wurde auch der langjährige Kassierer Rehner seines Amtes enthoben, an seine Stelle wurde der Expedient Lohde gewählt. Von der Mehrheit wurde nun verlangt, daß Rehner

sofort die Kasse abliefere,

da die Versammlungsteilnehmer fürchteten, die Rinderheig könnte, ebenso wie in Neukölln geschehen, die Kasse an sich reißen. Trotzdem Rehner unter Verfassung auf seine lange Parteitätigkeit versichert, innerhalb acht Tagen den Kassieren und dem neuen Kassierer nach Abrechnung mit den Abteilungsleitern die Kasse übergeben zu wollen, beschloß die Mehrheit, die Kasse sei sofort den Kassieren und dem neuen Kassierer zur Verfügung zu stellen. Sie beauftragte den neuen Kassierer Lohde und die Revisoren — es war schon 11 Uhr nachts —, die Kasse aus der Wohnung des Kassierers abzuholen. Stadtrat Weise forderte nimmere seine Anhänger auf, mit ihm den Saal zu verlassen, denn er wolle mit solchen Spielbuben und Galanten nichts mehr zu tun haben. Wiederum großer Tumult. Alles drängte zur Tür, wo man sich gegenseitig mit Häufen und Spazierstöcken realisierte. Nach dieser unerhörten Verpöbelung durch die moskowitzische Mehrheit rief ein Anhänger Weises: „Lieber Kossau als Kossau!“ Weises Anhänger wurden nun auf die Straße hinausgedrängt und sammelten sich in der Nähe der Wohnung des Kassierers Rehner. Rehner wurde am Verlassen des Saales gehindert, da die Kassenverhältnisse noch nicht geregelt seien. Erst später wurde Rehner mit dem neuen Kassierer Lohde und den Revisoren zur Abholung der Kasse nach seiner Wohnung geschickt. Inzwischen wurde von den Zurückgebliebenen der Antrag gestellt, Weise wegen Verleidi-

gung der Versammlung und des Vorstandes aus der Partei auszuschließen. Nur dem Bemühen Adolf Hoffmanns und einiger Genossen, die für Weise eine Lange brachen, war es zu verdanken, daß er nur eine Rüge erhielt. Als Lobbe mit Rehner und den Revisoren vor Rehners Wohnung ankam, erblickten sie in der Nähe Weise und seinen Anhang. Die bedrohten Moskowitz sandten nimmere einen Boten zurück zur Versammlung, um von dem Vorfall zu berichten. Der Vorsitzende der Versammlung, Reichstagsabgeordneter Werthele, forderte darauf

10 bis 20 handfeste Genossen

zur Unterföhung Lohdes zwecks „Befreiung“ der Kasse auf. Rehner lieferte darauf, um Bedingungen zu verhindern, die Kasse im Betrage von 3000 Mark an Lobbe und seinen Anhang aus. Unter Abföngung der Internationale (!) wurde Lohde, „um Eventualitäten vorzubeugen“, unter starker Bedeckung nach Versammlungsschluß nach seiner Wohnung begleitet.

Die „Arbeiterelite“.

Parteilpolitische Analphabeten und Papiersoldaten.

In der „Freiheit“ bekämpft ein Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der U. S. P. für Groß-Berlin, M. Hesselbarts, die Vornahme der Delegiertenwahlen durch Abstimmung. Nach seiner Ansicht sind die Mitglieder der U. S. P. nicht reif genug, um über die Moskauer Aufnahmbedingungen entscheiden zu können. Wörtlich schreibt Hesselbarts:

Wie kann jemand behaupten, daß der größte Teil der Mitglieder die Bedingungen richtig auszuliegen versteht, um dadurch seinen Schlußfolgerungen über die Bedingungen, welche durch die Annahme der Bedingungen für die Arbeiterbewegung Deutschlands entstehen, bilden zu können. Was wir uns nicht vor und geben wir zu, daß der Kreis unserer Mitglieder, welche als parteipolitische Analphabeten angesprochen werden können, nicht der kleinste ist. Auch steht fest, daß es in den Reihen der U. S. P. D. Mitglieder an Papiersoldaten nicht mangelt, d. h. Genossen, welche wohl ihre Beiträge entrichten, aber nicht das geringste Interesse für das haben, was in der Partei vorgeht.

Wie oft hat sich die U. S. P. getümt, daß in ihr die „Elite der Arbeiterschaft“, der „fortgeschrittenste Teil des Proletariats“ organisiert sei! Jetzt, wo die Probe aus Exempel gemacht werden soll, wird in der „Freiheit“ selber die geistige Reife des größten Teils der Mitgliedschaft angezweifelt. Arbeiterelite und parteipolitische Analphabeten — wie reimt sich das zusammen?!

Weder Urheber noch Führer!

Riel, 1. Oktober. (U.) Das Verfahren wegen Hochverrats gegen den Konteradmiral a. D. v. Lebehorn, den früheren Leiter der Kieler Sicherheitspolizei Major a. D. v. Winterfeldt, Bürgermeister a. D. Lindemann (Riel), Landrat a. D. Freiherr Voew von und zu Steinfurth in Habersleben und gegen den früheren Regierungspräsidenten v. Pauli (Schleswig) vor dem Reichsgericht ist eingestellt. Die angeordnete Vermögensbeschlagnahme ist aufgehoben. In der Begründung heißt es, daß nach den angestellten Ermittlungen die Angeklagten weder Urheber noch Führer eines Hochverratsunternehmens im Sinne des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Genährung von Straffreiheit vom 1. August 1930 gewesen sind. Dem Antrag des Angeklagten v. Winterfeldt auf Wiederaufnahme des Verfahrens konnte nach Ansicht des Senates nicht stattgegeben werden.

Es wird immer klarer, daß der ganze Kapp-Putsch nur in der Einbildung bestanden hat. Man sollte wenigstens so ehrlich sein, auch das Verfahren gegen Kapp einzustellen, der weder im Sinne des Reichsgerichts auch nicht Führer war, und ihn einen Ehreneinzug nach Deutschland bereiten!

Nicht idiotenhaft genug! Die Redarfulmer Unabhängigen haben erklärt, daß sie „nicht idiotenhaft genug veranlagt“ sind, um unter das Moskauer Joch zu kriechen.

Orthopädie und Kurpfuschertum.

Von Dr. Hermann Engel, Assistent der Universitäts-Poliklinik.

Die Revolution am Ende eines vierjährigen Krieges hat uns naturgemäß eine fast ungläubliche Zunahme des Kurpfuschertums auf allen Gebieten der ärztlichen Heilkunde gebracht. Kein Wunder, wenn man bedenkt, welche Körperschäden dieser blutige aller Kriege an der Front herbeigeföhrt, wie die Vollsgeundheit in der Heimat durch Mangel und Unterernährung gelitten hat. Dazu kommt, daß durch die plötzlich einsetzende Umwälzung der Dinge in Deutschland aus äußeren Gründen bei einer großen Anzahl solcher, die mit chronischen Schäden behaftet waren, die eingeleitete, langgemäße, auf weitgehende körperliche und soziale Heilung hinzielende Behandlung nicht zu Ende geführt werden konnte.

Bekanntlich ist die Unterernährung während der Kriegsjahre und der Mangel an bestimmten, für den Knochenaufbau dringend notwendigen Nahrungsmitteln nicht ohne nachteilige Folgen für die Festigkeit der menschlichen Knochen geblieben. Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten der medizinischen Fachpresse betonen die auffallende Zunahme der englischen Krankheit sowie der Knochenbrüchigkeit, besonders in den Großstädten und Industriebezirken. Knochenweichheit selbst älterer noch vor dem Entlassungsabschluß stehender, bis dahin vollständig gesunder junger Menschen stellte sich ein und als Folgen die bekannten X- und O-Verformungen. Dazu kommen die Unzulänglichkeiten, die infolge Rachitis in früher Jugend starke Krümmungen und die eben erwähnten Beinverkrümmungen zurückzuführen haben. Bei einer Reihe anderer bestehen die Folgen schwerer Hüft- und Kniegelenkentzündungen oder Rinderlähmungen, Zustände, die sehr oft später zu Beinverkrümmungen führen. Ein weiteres Kontingent bilden alle jene Kriegesbeschädigten, die infolge von Verletzungen an den unteren Extremitäten Längendifferenzen beider Beine aufweisen. Ein Heer von Fußleidenden mit den bekannten Schäden, wie Plattfuß, Valten, Fehverkrümmungen oder sonstigen angeborenen oder durch ungewöhnliches Schuhwerk erworbenen Deformitäten bedarf des Rates und der Hilfe.

An alle diese von der Natur so Benachteiligten, wendet sich nun in letzter Zeit eine besonders auffällige Kellame geschäftstätiger Laien oder im besten Falle Mechaniker, die mit kostspieligen Methoden und Apparaten Heilung und Beseitigung des vorhandenen Übels versprechen. Die einen verbeihen die vollständige Hebung aller Grade von O- und X-Beinen bis zu 40 Jahren und darüber hinaus, die anderen gleichen jede Beinverkrümmung unsichtbar aus, heilen schwere Krümmungsverkrümmungen selbst bei recht betagten Leuten durch Verordnung eines nach eigenen Ideen aufgebauten Korsetts. Die Vermittlung erfolgt durch eine Großsäure, die meist mehr auf kosmetische als gesundheitliche Nachteile hinweist, von sachlichen Fehlern wimmelt und vielerlei Dinge ohne jedweden inneren Zusammenhang mit einander verquid. Da erscheinen Ausprüche und Schriftsätze renommierter ärztlicher Fachleute, meist aus dem Zusammenhang herausgerissen, zur Verlebung irgendeiner der gesunden Menschenernunft sonst kaum zugänglichen Vorstellung. Besonders wirksam wird mit der Photographie „vor und nach Gebrauch“ gearbeitet. Den Schluß bildet meist eine Reihe Originalaufnahmen und Anerkennungsschreiben Geheilter und Geheilte; bisweilen sogar Briefe begeistelter Ärzte, die das Verfahren an sich oder anderen erprobt haben. Für den Laien scheint hiermit

die Beweisführung geschlossen. Meist gibt die Eitelkeit den letzten Stoß. Später wandert nach langsam einsetzender Ernüchterung der Apparat in die Ecke. Mit einer Selbsthilfe sucht sich der Enttäuschte über seine Torheit hinwegzutösten.

Die Orthopädie bedient sich der Apparatbehandlung im weitesten Maße, besonders um durch Behandlung erzielte Stellungverbesserungen unerrückbar festzuhalten, Gelenke von der Körperbelastung auszulichten, Verkürzungen und Verkrüppelungen loszumachen und physiologisch auszugleichen. Stets muß solch Apparat in enger Zusammenarbeit von Arzt und Techniker nach einem kunstvollen Schemmodell dem anatomischen Spiegelbild des zu umkleidenden Teils angefertigt, mehrfach anprobiert, angepaßt und in seiner Wirkung längere Zeit beobachtet werden. Es erübrigt sich also zu beweisen, daß Apparate von vornherein nicht passen können, die anderen Orts nach einigen vom Patienten selbst angestellten Probanlagen aus in Massenfabrikat hergestellten Rohteilen zusammengeleitet werden.

So gut sich verkrümmte jugendliche, noch weiche Knochen durch zweckmäßige Apparate — dem Einzelfall besonders angepaßt — und durch allgemeine sonstige Maßnahmen geradrichten lassen, so wenig kann man leider den erwachsenen Knochen auf unblutige Weise so beeinflussen, daß er selbst bei Belastung die neue Form dauernd behält. Durch die vielfach angefertigten Schienen gegen O- und X-Beine Erwachsener wird bei der Unmöglichkeit der Knochen der seitliche Vordränger des Kniegelenks stark gedehnt. Die schlimmen Folgen sind Schlotter- und Wackelgelenke, welche die Behärdigkeit stark beeinträchtigen. Ähnlich liegen die Dinge bei Krümmungsverkrümmungen.

Die Art des Grundleidens entscheidet, ob eine Beinverkrümmung — dann selbstverständlich möglichst unsichtbar — auszugleichen ist oder nicht. Häufig liegt nur eine scheinbare Längendifferenz vor, durch fehlerhafte Stellung im Hüft- oder Kniegelenk herbeigeföhrt. Sachärztliche Untersuchung allein läßt oft erkennen, daß durch operative oder sonstige Heilmassnahmen solche Verkrümmung wieder ausgeglichen und der Gang auf natürliche Weise verbessert werden kann. Verkrümmungen zu unteruchen, den Grad des notwendigen Ausgleichs festzustellen und Angaben über die Art des zweckmäßigen und unauffälligen Apparates zu machen, ist zunächst Sache des orthopädisch geschulten Arztes, nicht allein des Orthopädiemechanikers oder Schuhmachers. Das gleiche gilt für alle an sonstigen Fußdeformitäten Leidenden, mögen es Valten, Hammergehben, Plattfuß oder sonstige Schäden sein. Eine Einlage, die wirksam das einwirkende Fußgewölbe stützen soll, muß genau dem Fuße in einer bestimmten Belastungsstellung angepaßt sein und darf nicht als Massentabrizat hergestellt werden.

Noch ein Wort zu den Anerkennungsschreiben. Sie beweisen nur das, was jeder Orthopäde weiß, wie schlecht im allgemeinen beobachtet wird und wie leicht Selbsttäuschung das Urteil trübt.

Wir verdanken dem während des Krieges verstorbenen ausgezeichneten Gessing, der selbst nicht Arzt war, dank seiner ganz besonderen Leistungen auf dem Gebiete des Apparatebaues außerordentlich viel Gutes, zugleich aber auch eine gewisse Eigenbrütellei einiger seiner Anhänger, deren Können an das seine nicht im entferntesten heranreicht. Die außerordentlichen Leistungen der technischen Orthopädie während des Krieges entspringen der rastlosen Zusammenarbeit der orthopädischen Fachärzte mit In-

genieuren und Mechanikern in besonders geschaffenen Zentralorganisationsstellen, wo unseren Kriegsbeschädigten sachlicher Rat und Hilfe erteilt wird und sie vor Ausbeutung durch ein gewissenloses Kurpfuschertum bewahrt werden.

Der literarische Gesamtschaftsgeldhilfe Die Neuordnung des Auswärtigen Amtes sieht für die Kodifizierung der Presse und für die Beschäftigung mit künstlerischen, sozialpolitischen und wissenschaftlichen Vorgängen einen weit einwirkenderen Dienst als früher vor. Diese erhöhte Aufmerksamkeit für geistige Dinge bleibt aber, so schreibt Friedrich Rathus Hübner aus dem Haag im „Literarischen Echo“, unfruchtbar, so lange nicht auf den Augenmerkungen, die zentrale ergänzen und mit ihr im Austausch, in der Form eines eigenen Referats ein gleiches Arbeitsgebiet eingerichtet ist. Ein literarischer Gesamtschaftsgeldhilfe, wie ihn sich Hübner denkt, mühte nicht nur die Tagesblätter, Monatschriften, Buchneuerungen überzuwachen, Zustandsberichte abzufassen. Er muß auch zu den Redaktionsstuben der fremden Presse unmittelbar Zugang haben, Umgang mit den Schriftstellern, Künstlern, Gelehrten des betreffenden Landes pflegen, kurzum alle kulturellen Vorgänge mitbeteiligen durch seinen Geist laufen lassen. Ihm bieten sich 1000 Möglichkeiten, Junglinge für Deutschland in der Fremde dadurch zu schaffen, daß fremde Verlage an die Uebersetzung deutscher Bücher, fremde Theater an die Einladung deutscher Schauspieltruppen, fremde Hochschulen, an die Berufung deutscher Professoren und Studenten, fremde Kunstsalons an die Veranstaltung deutscher Kunstausstellungen herantreten. Ein solcher Beirat könnte den Zentren deutschen Kulturlebens eine unendliche Fülle von Hinweisen zuföhren. Und Persönlichkeiten im Auslande, die Deutschland studienhalber bereisen wollen, kann er unterstützen, Ausländer zur Mitarbeit an deutschen Kulturwerken ermuntern.

Das Notgeld als Finanzspekulation. Wie es Staaten gibt, die ihre vielen Briefmarkenausgaben wesentlich wegen der Sammler veranlassen, so haben auch manche Gemeinden in dem am Notgeld entfallenen Sammelsteuer eine Einnahmequelle entdeckt. Eine kleine bayerische Gemeinde: „Das heilige Notgeld wird wegen seiner trefflichen künstlerischen Ausführung zu Sammelgegenstand massenhaft begehrt. Nachdem die erste Ausgabe von 30 000 Stück bereits vergriffen ist, sah sich der Stadtrat gezwungen, weitere 80 000 Stück anfertigen zu lassen.“

Ein österreichisches Schicksal sendet uns gleich ganze Serien seines in der Tat recht hübsch ausgefallenen Geldes. (Weshalb als Regensburgerplätz ist eine Kruppe, die sicher noch nicht da war!) Es bemerkt dazu, daß sein Notgeld allgemeinen Beifall gefunden hat und zum größten Teil vergriffen ist. Darum sollen sich die Käufer beeilen. (Die Serie kostet übrigens 1 R. oder 2 Kronen.)

Ob das Reich nicht einmal probiert, seine Räte durch besonders hergerichtete Sammlernoten mit kurzer Umlauffrist etwas zu erleichtern.

Musikchronik. Franz Schreker, der neue Leiter der Berliner Musikhochschule, tritt im 1. Abonnements-Konzert am 4. Oktober in der Philharmonie zum ersten Male als Dirigent vor das Berliner Publikum.

Prof. Richard Waldenberg, Lehrer der Philosophie an der Universität Erlangen, ist in dem im Alter von 69 Jahren gestorben. Er war bekannt als Herausgeber der „Kritik der Philosophie“. Seine „Geschichte der neueren Philosophie“ hat als Lehr- und Handbuch weite Verbreitung gefunden.

Groß-Berlin

Wirrungen im neuen Berlin.

Auf Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin ist der alte Berliner Magistrat kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Magistrats der neuen Stadtgemeinde beauftragt...

In dieser unwürdigen Rolle fühlt sich auch der kommissarische Magistrat, weshalb er aus leicht begreiflichen Gründen die Verantwortung für seine Handlungen lediglich dem Oberpräsidenten überweist.

Die Herren Lüdicke, Leidig und Dominicus als Retter wahrer und echter Demokratie haben sich in die Preussische Landesversammlung geschlüpft, wo sie zusammen noch eine Mehrheit bilden und den demokratischen Mehrheitswillen der Berliner Stadtverordnetenversammlung durch entsprechende Gesetzesmaßnahmen brechen können.

Durch diese von den Oberdemokraten heraufbeschworene Hinauschiebung der praktischen Wirksamkeit des Gesetzes Groß-Berlin ob 1. Oktober herrscht heute bereits in den großen und kleinen Vorortgemeinden ein Zustand, der die Gemeindefürsorge wirklich nicht zu fördern geeignet ist.

Wir glauben, daß in zahlreichen Vororten keine Absicht besteht, die bereits feierlich geschlossenen Ortsparlamente erneut „aufleben“ zu lassen. Diesen Willen zum Wiederaufleben dürfte auch der Herausgeber der „Groß-Berliner Nachrichten“, Herr Hüttchen, bei den Stadt- und Gemeindevertretungen nicht hervorufen, wenn er darauf hinweist, daß nach § 58 Ziffer 3 des Gesetzes über Groß-Berlin die bisherigen Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen als aufgelöst gelten...

Herr Hüttchen mag als Mitglied der Fraktion der Deutschen Volkspartei das Zeug in sich fühlen, die bürgerliche Presse mit allerlei Schauernachrichten über sozialistische Gewalttätigkeiten zu versorgen, zur sicheren Interpretation von gesetzlichen Bestimmungen fehlen ihm jedoch die erforderlichen Fähigkeiten.

Es dürfte leichter sein, sich von radikalen Journalisten des „Berliner Tageblatts“ zum Werkzeug reaktionärer Parteien zu entwickeln, als die bereits zu Grabe getragenen Gemeindeparlamente zu neuer Tätigkeit zu veranlassen.

Der gegenwärtige Zustand gewährt den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen keine Möglichkeit mehr zu schöpferischen Wirken, und für ein Dasein des Scheins ist die heutige Zeit nicht mehr geeignet.

Die Verfügung des Oberpräsidenten.

Vom Oberpräsidenten erhalten wir die Abschrift einer Anordnung, die wir in ihrem Wortlaut hier wiedergeben wollen:

Das Licht der Heimat.

Von August Hinrichs.

Für Dierk! Wenn er schon nicht aufs Land konnte, so sollte er doch etwas lernen. Da hatte sie es durchgesehen, daß er als Lehrling in eine große Maschinenfabrik kam. Freilich, in den ersten Jahren verdiente er nichts — sie mußte noch ein paar hundert Mark Lehrgeld für ihn bezahlen und manche Nachtkunde dafür opfern. Aber ein eiserner Wille ließ sie alles überwinden.

Das war ihre seligste Stunde am Tag, wenn Dierk abends heimkam. Dann schob er vorsichtig die Wäschebüche beiseite, die an den querspannten Leinen in der Küche hingen, schlich sich heimlich an sie heran und hielt ihr leidend die Augen zu. Und obwohl das Eisen immer glühend heiß war und mancher Brandfleck auf den weißen Säcken so entstand, sie tat, als hätte sie die Tür nicht geben hören und sah sich nicht vorher um. Auf diesen Augenblick freute sie sich ja den ganzen Tag, denn jetzt hatte sie ihn meist eine Stunde lang für sich. Jetzt mußte er erzählen, und wenn auch zuerst ihrer beider Gedanken immer noch auf die Heide liefen nach Sonnenchein und Vogelklang — mit der Zeit glitt er unmerklich in seinen neuen Beruf hinein. Und wenn er erzählte, daß er als Lehrling schon Gesellenarbeit machen durfte, und daß ihm dies oder jenes heute gelungen sei, warf sie heimlich einen stolzen Blick auf ihn, wie er dasah, unbekümmert und sorglos, Arme und Beine lang aus dem Zeug herausstreckend, denn er schob jetzt mächtig in die Höhe.

Dann war es schön zu Haus trotz Wäschebampf und Glättbampf. Aber dann, wenn es später wurde, sahen sie beide unruhig nach der kleinen Beduhr. Und nun volltete es auf der Treppe; sie sprangen ruck auf und schoben die Wäschebüche zur Seite, daß der Betrunkene nicht alles niederrisse. Der lehnte sich erst an die Tür: „Abend!“ sagte er und sah sie feindselig lauernd an, ob sie seinen Gruß auch erwiderten. Dann torfelte er auf seinen Platz, und Meta hatte Mühe, ihre mühsam fertiggestellte Arbeit vor seinen tappenden Händen zu retten.

Mit dem Erzählen war's vorbei, aber nach dem Abendessen hatten Mutter und Sohn eine andere Unterhaltung. Dann holte Dierk seine Bücher hervor. Denn so geizig seine Mutter in allem war — hier tat sie mehr als genug, sie verkehrte. Sie strebte danach, Dierk lernen zu lassen, was

Charlottenberg, den 1. Oktober 1920.

Das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 tritt am 1. Oktober in Kraft, ohne daß der Magistrat der neuen Stadtgemeinde bisher endgültig bestellt und zusammengetreten ist. Gemäß § 7 des Zuständigkeitsgesetzes ist es meine Aufgabe, vermöge des staatlichen Oberaufsichtsrechts dafür zu sorgen, daß die Verwaltung der neuen Stadtgemeinde im vorgeschriebenen Gange bleibt und Störungen beseitigt werden. (Vgl. Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts vom 9. Mai 1920, 25. 25, S. 51.)

Ich habe daher den Magistrat der alten Stadtgemeinde Berlin, der nach § 58 Ziffer 4 des Gesetzes vom 27. April d. J. vom 1. Oktober an ein Organ der neuen Stadtgemeinde bildet, bis zum Inkrafttreten des Magistrats der neuen Stadtgemeinde (§ 58 Ziffer 3 a. a. O.) kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Magistrats der neuen Stadtgemeinde Berlin beauftragt. gez. Dr. Waier.

„Freies“ Fleisch!

Gestern war der von allen Schiefern gepriesene erste Tag der freien Fleischwirtschaft. Wer Geld hatte, konnte sich Fleisch ohne Karten kaufen, wenn er etwas kriegte; wer sehr viel Geld hatte, konnte damit rechnen, daß er tatsächlich etwas bekam. Zu sehen war von dem „freien“ Fleisch allerdings noch nicht viel. Zahlreicher winkten die Würste und Schinken, die lange für den großen Tag bereitgehalten“ und aus den verschwiegensten Winkeln hervorgeholt, sich frohlockend breit machten.

Die Lebensmittelkarte als Fleischspender soll bekanntlich vorläufig erhalten bleiben. Es wird Geirierfleisch darauf geben. Um dieses durchzuführen zu können, hat man sich entschlossen, die Fleischkarte in zwei Gruppen zu teilen: die eine darf nur freihändig erworbenes Fleisch verkaufen, während die zweite Gruppe sich nur mit dem Vertrieb des vom Magistrat gelieferten Fleisches befaßt. Diese reinliche Scheidung zwischen den „freien“ und den „Karten“-Fleischern soll bis zum 17. Oktober erledigt sein. Bis dahin kann man sowohl freies wie kärtliches Fleisch in jeder Schlachtereil kaufen, vorausgesetzt — daß etwas da ist.

Was uns an den Winter an den erkälten Schnitzeln und Kalbsbraten bringen wird, dürfte die rosigten Hoffnungen der amtlichen Stellen allerdings mit recht schwärzlichem Schatten umgeben.

Das „Schmierbuch“ des Kohlenschiebers.

Leute, die nicht frieren.

Die Kohlennot im Winter sieht wieder als drohendes Gespenst vor der Tür. Eine gerechte Verteilung des knappen Kohlenbestandes ist daher um so notwendiger, wenn nicht wieder wie im vergangenen Winter die Zentralheizung in vielen Häusern aussetzen und die Mieter gezwungen sind, in kalten Zimmern zu hausen. Um so verwerflicher ist das Treiben gewissenloser Kohlenhändler, die auf noch nicht geklärte Weise in der Lage sind, einzelne Stellen mit übergroßen Mengen Kohlen und Roks zu beliefern. Natürlich geschieht das dann zum Schaden der Allgemeinheit und es ist besonders zu begrüßen, wenn die Beamten der Kohlenverorgungsstelle Hand in Hand mit der Kriminalpolizei diesem Schleichhandel, hoffentlich mit Erfolg, entgegengetreten.

Durch die Festnahme des Kohlenhändlers Czibal, über die wir kürz berichtet, und die Beschlagnahme seines Geheimbüchchens sind eine ganze Reihe von verbotenen Kohlenlieferungen aufgedeckt worden. Es ist den Beamten mit vieler Mühe gelungen, die Eintragungen in dem „Schmierbuch“, wie der Verfaßte dieses Geheimbuchs bezeichnete, zu entziffern und so die Häuser zu ermitteln, die von Czibal sich schon jetzt weit über die ihnen gesetzmäßig zustehenden Mengen mit Heizmaterial eingebekkt haben. Es sind dies in der Hauptsache Villen im Westen Berlins und den westlichen Vororten. Villenbesitzer, denen rechtlich eine Kohlenmenge von 200 Zentner für den Winter zustand, hatten von Czibal statt dessen 1000 Zentner und sogar noch mehr bezogen. Als man sie darauf hinwies, glaubten sie sich damit herauszubeden zu können, daß sie gar nicht gewußt hätten, daß der Kohlenhändler

sie überbellefert hätte. Es ist ihnen nicht nur die große Menge nicht aufgelassen, sondern anscheinend auch nicht der Wucherpreis, den sie dafür bezahlen mußten.

Auf Veranlassung der Kriminalpolizei wurde die zuviel gelieferte Kohlenmenge, an mehreren Stellen bis zu 800 Zentner, beschlagnahmt und abgefahren, um der Allgemeinheit zugeführt zu werden.

Herbstwanderung zum Regenbogensee.

Ein schönes Laubwaldgebiet, in dem wir den Herbstschmuck in seiner ganzen Pracht bewundern können, ist die Umgebung des Liepnihsees bei Vernaau.

Mit den Vorortzügen der Stettiner Bahn fahren wir nach Zepernick und wandern durch die Kolonie Schönbrück nach Schönau. Von den vom Nordende des Dorfes ausgehenden drei Wegen wählen wir den mittleren. Durch Dünen- und Felder, die von dürftigen Kiefernwald bestanden ist, kommen wir in einer guten halben Stunde an den Weg Vernaau-Vosdorf; er ist ziemlich breit und an den Seiten sowie in der Mitte von einem Heidekrautepflanz bedeckt. Der Pflanzenwuchs wird jetzt kräftiger und mannigfaltiger; er zeigt uns an, daß der Boden nährstoffreicher ist als Dünenland. Wir folgen dem Wege gen Nordwest bis etwa 3 Minuten hinter dem Jagenstein B. 4. 6. Hier zweigt ein Fahrweg rechts ab, der in den Westweg 1 einläuft.

Durch schönen Nadelwald führt uns das Geäst bis zur Chauffee Vernaau-Wandlitz. Der Wald zeigt uns in prächtiger Weise die Herbstfärbungen der Blätter vom hellsten Gelb zum tiefsten Braunrot. Je nach dem Fortschreiten der Umwandlungen in den Blättern haben sie ihre grüne Farbe verloren. Nahe dem Jagstein Liepnih kreuzen wir die Chauffee und sind bald darauf am Ufer des Liepnihsees. Wir wandern um das Westende des Sees zu seinem Nordufer.

Die nur 2 Kilometer breite Landenge zwischen dem Liepnihsee und dem westlich davon gelegenen Wandlitzer See bildet eine Wasserstraße. Sie trennt das Stromgebiet der Elbe von dem der Oder. Während der Wandlitzer See zum Hahmer See und Lubowsee und weiter durch die Wieße zur Habel und somit zur Nordsee entwässert, fließen die Wasser des Liepnihsees durch den Obersee bei Ranke und den Heßsee zur Finow und weiter zur Oder und zur Ostsee.

Nördlich vom Liepnihsee liegt der Regenbogensee, lieblich eingebettet zwischen buchenbestandenen Höhen. Er ist ein „Waldsee“, wie es die märkischen Dichter besungen haben und wie es manchem Roler märkischer Naturschönheiten als Vorbild gedient haben mag. Ein eigenartiger Zauber umfängt uns, wenn wir am Ufer dieses Sees stehen. Regungslos liegt die Wasserfläche vor uns, von der der leichte Dunst der Nebel aufsteigt. Die Herbstsonne leuchtet durch das braunrote Buchenlaub und vergoldet es mit mildem Schimmer. Auf dem Graue perlen die Taupropfen wie funkelndes Gestein. Der Herbst offenbart uns hier ein schönes Bild seiner Eigenart.

Wir wandern auf dem Südufer des Regenbogensees gen Ost und kommen bald wieder zum Nordufer des Liepnihsees, dem wir in der bisherigen Richtung folgen. Der Liepnihsee ist einer der schönsten märkischen Seen. Eine Insel befindet sich in ihm, der Große Werder. Hier sind vielfach vorgeschichtliche Altertümer verschiedenster Art, besonders aus der Bronzezeit, gefunden worden. Auch an Geschichte und Sage reich ist die Umgebung des Liepnihsees. Der Wald raunt uns die alten Wälder, die Begebenheiten der Vergangenheit zu. Er flüstert von dem Ort, der nach dem See seinen Namen hatte, und dessen Bewohner die Pest dahintastete, bis auf den letzten Mann, so daß das Dorf wüst wurde und niemand die Stelle mehr auffinden kann, da es einst stand.

Wir wandern weiter zum Rämmersee, der nahe dem Ostende des Liepnihsees liegt und von ihm durch eine sumprige Niederung und den kleinen Werder getrennt ist. Die hochgelegene Straße, von der wir einen schönen Ausblick nach dem See und dem Waldgebiet seiner Umgebung haben, bringt uns nach Uehdorf. Wir durchwandern die stille, traumverlorene Siedlung und folgen der schönen grasigen Waldstraße gen Süd. Der Laubwald tritt

nie nur irgend konnte; und da sie selbst früher einmal die Bücher sehr lieb gehabt hatte, hielt sie noch jetzt viel vom Gedruckten. Sie kaufte ihm teure Kodexwerke, die er kaum verstand und durch die er sich mühsam hindurcharbeitete. „Er hat ja einen hellen Kopf,“ dachte sie, „etwas wird es schon helfen.“

So sah Dierk denn Abend für Abend über seinen Büchern und lernte, was ihm zufällig unter die Hände kam. Anfänglich wollten ihn weder Zahlen noch Zeichnungen fesseln, und erst, als er in der Werkstatt das wirklich gesehen hatte, was hier abgebildet war, fand er Lust daran und erklärte seiner Mutter davon, jodelte er selbst die Sache verstand. Dann konnte sie ihn durch immer neue Fragen mühelos dazu bringen, weiterzulernten.

Nur die Sonntage, die gehörten ihm allein. Da stand Fried, sein alter Freund, schon auf der Lauer, um ihn abzuholen. Diese beiden Jungen gaben ein sonderbares Paar ab. Dierk war jetzt lang aufgewachsen, Fried einen guten Kopf kleiner als er. Und auch sonst gingen sie verschieden einher, denn während Dierk Sonntags im neuen Anzug spozierte — Meta sah, wie alle richtigen Landleute, den Sonntag von jeher als Festtag an, nur nicht für sich selbst — ging Fried gerade umgekehrt dann in seinem alten Zeuge. Fried war nämlich in einem der größten und vornehmsten Handelshäuser als Lehrling angestellt. Wie das möglich war, daß der kleine Wälschfräuleinsjunge aus der armenlichen Vorstadtstraße da hineingekommen war, das wußte niemand — Frau Stassen war aber nicht nur eine kluge, sondern auch eine zähe Frau und setzte immer durch, was sie sich einmal vornahm. Nun durfte also Fried in der Woche in seinem besten Zeuge gehen, da war es doch nur natürlich, daß er Sonntags sein altes ausfragen mußte.

Anderer Freunde hatten sie nicht. Die Schulkameraden, die früher in Lumpen liefen, gingen jetzt längst zur Fabrik und verdienten ihr eigenes Geld — die konnten Sonntags schon was springen lassen und toten es auch. Dierk und Fried aber, ohne einen Pfennig in der Tasche, sahen doch auf sie herab und gingen ihre eigenen Wege. Und das Leben ging mit und prägte ihnen seine mannigfaltigen Eindrücke fest in die jungen Seelen. Mühten sie selber zusehen, was auf diesem Grunde für Gedanken, Wünsche und Sehnsüchte emporsprossen.

Es war ein Märzsonntag, da sahste Fried seinen langen Freund unter und führte ihn auf Nebenwegen — die Hauptstraßen mußte er wegen seines Anzuges meiden — weit nach draußen. Dann zog er einen Brief aus der Tasche: „An-

genommen!“ sagte er, „da, lies!“ Sein Lehrherr hatte ihm zu Ostern eine Stelle in einem ganz großen Ueberseehandelshaus in Hamburg besorgt. „Englisch kann ich einigermaßen, jetzt lern ich Spanisch, und dann geh ich hinüber.“

„Wo hinüber?“

„Nach Amerika!“

„Nach Amerika können?“

„In Südamerika jedenfalls. Unser Prokurist ist drüben gewesen. Ich weiß, was ich da anfangen! Und du, — gehst du mit?“

„Ich kann doch nicht!“

„Warum nicht?“

„Meine Mutter —“

„Will sie es nicht haben?“

„Ich weiß nicht. Aber — ich kann sie nicht allein lassen, so nicht.“

„Meine Mutter ist auch allein.“

„— Du hast keinen Vater.“

Da schwieg Fried still. Für ihn war alles klar und hell, aus Dierk aber wurde er manchmal nicht recht klug.

Nach einer Weile fragte er: „Und du — was willst du machen, willst du immer hier sitzen bleiben?“

„Nein, nein!“

„Du willst also doch fort?“

„Ich weiß es nicht.“

„Hör mal, wenn man so alt ist, weiß man doch, was man zu tun hat. Aber du weißt ja überhaupt nicht, was du willst.“

„Oh doch!“

„Was denn also?“

„Ich kann es nicht sagen.“

„Du weißt es nur nicht.“

„Ach, da ist doch so viel. Das kommt doch nicht nur auf den einzelnen an, die ganze Menschheit sucht doch —“

Fried wehrte verächtlich ab: „Was gehen dich die andern an?“

„Ach, Fried — ich weiß selbst nicht recht —“

„Siehst du!“

„Ich weiß nicht, wie ich das ausdrücken soll. — Glaubst du an Gott?“

„Na nu?“

„Ich frage, glaubst du an Gott?“

„Das hat hiernit nichts zu tun!“

„Siehst du, du bist auch nicht sicher. Die ganze Welt, Fried, die versteh ich so noch nicht.“

(Fortf. folgt.)

mehr und mehr zurück, und schließlich haben wir wieder Katern-
wald um uns. Vom Waldrand sehen wir vor uns Bernau,
während links der Kirchdamm von Ladeburg winkt.

Wald haben wir die alte Stadt erreicht, eine echte märkische
KleinStadt, die verahmt ist durch die glückliche Abwehr der Russen
1432 und das Bier, das ehemals hier gebraut wurde. Viele alte
Bauwerke blickt die Stadt innerhalb ihrer Mauer, die noch ziem-
lich vollständig erhalten ist. Mit einem Rundgang durch Bernau
beschließen wir die heutige Wanderung. Die Vorortzüge der
Stettiner Bahn bringen uns wieder nach Berlin zurück.

Streik im Zeitungsgewerbe.

In einer Freitagabend in der „Neuen Welt“ abgehaltenen
Versammlung sämtlicher Angestellten des Zeitungsgewerbes wurde
das Resultat der Urabstimmung bekanntgegeben. Mit 2000 gegen
500 Stimmen ist der Streik beschlossen worden. In diesen
Streik sind auch die Angestellten der Zeitungs-Zentrale
einbezogen, die die Zustellung des „Vorwärts“ besorgt. Das Streik-
lokal befindet sich Schützenstraße 34 bei Schniebel.

Der Verleger Rudolf Mosse hat letztwillig eine besondere Zu-
wendung an die Angestellten seines Verlages angeordnet. Die Ge-
schäftsleitung hat aber, wie in der Versammlung mitgeteilt wurde,
die Forderung getroffen, daß nur diejenigen das Geld erhalten, die
bis zum 15. Oktober ununterbrochen im Betrieb tätig sind.

170 Personen unter Wucheranklage.

Ein Wucherprozeß, wie er sich, was Zahl der Angeklagten und
Umfang der Sache selbst anbelangt, wohl vor einem Gericht noch
nicht abgeurteilt haben dürfte, macht jetzt der Staatsanwaltschaft
und dem Gericht einiges Kopfschmerzen und zwar hauptsächlich
wegen der Raumfrage. Es handelt sich um eine Anklage wegen
Wuchers und Höchstpreisüberschreitung, die sich gegen
insgesamt über 170 Personen richtet. Diese Anklage hat eine
merkwürdige Entstehungsgeschichte: Vor einiger Zeit stand der Kauf-
mann Augustin, Inhaber einer Käse-, Butter- und Wurstwaren-
engroßhandlung unter der Anklage der Höchstpreisüberschreitung
im vor dem Wuchergesetzgericht und wurde zu einer Woche
Gefängnis und 10000 M. Geldstrafe verurteilt. Aufheben
wurde der geforderte und erhaltene Ueberpreis von über
100000 Mark als dem Staate verfallen erklärt. Aus den be-
schlagnahmten Geschäftsbüchern wurden die Namen der einzelnen
Kunden der Firma Augustin festgestellt und der Erfolg war der,
daß gegen sämtliche Kunden, soweit sich eine Höchstpreis-
überschreitung bzw. Schleichhandel feststellen ließ, ein Straf-
verfahren eingeleitet werden mußte.

Da leider immer noch die Kaufmannschaft in ihrer Mehrzahl
nicht weiß, welchen Gefahren sie sich durch diese indirekte Unter-
stützung des Schleichhandels aussetzt und nicht glaubt, daß jeder
einzelne Fall mit Gefängnis bestraft werden muß, so wird diese
Massenanlage vielleicht ein recht wirksames Mittel im
Kampf gegen das Schieber- und Schleichhändlerium sein.

Kurzarbeiterunterstützung.

Die Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin weist die Arbeitgeber
darauf hin, daß in den mit dem 1. Oktober d. J. aus dem Bezirk
der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin auscheidenden Gemeinden
zum Teil niedrigere Unterstützungssätze gelten, als in den neuen
Stadtgemeinden Berlin. Die Arbeitgeber, deren Betriebsstätten sich nicht
im Bereich der neuen Stadtgemeinden Berlin befinden, können vom
1. Oktober ab mit der Zentrale der Erwerbslosenfürsorge Groß-
Berlin überhaupt nur noch insoweit abrechnen, als ihre Arbeiter
im Bereich der neuen Stadtgemeinden wohnen. Die Arbeitgeber,
deren Betriebsstätten sich in der neuen Stadtgemeinden Berlin befinden,
deren Arbeiter aber außerhalb wohnen, müssen sich in allen Fragen
der Kurzarbeiter- und Auslegerunterstützung an die Wohnortgemeinde
dieser Arbeiter wenden.

Sozialistische Bildungsschule.

Die Vortragsreihen beginnen am Montag, den 18. Oktober.
Der Lehrplan ist bereits zur Ausgabe gelangt (0,80 M.) Dieser
und Hörerkarten (6 M.) sind zu haben bei allen Abteilungsleiterinnen,
bei den örtlichen Bildungsausschüssen, im Bureau des Bezirks-
bildungsausschusses, Lindenstraße 3, Luchshandlung Vorwärts,
Lindenstraße 2, im Bezirksverband Groß-Berlin, in den Zelten 28,
bei Horst, Engländer 15.

2. Einführungsabend: Am Sonntag, den 31. Oktober, abends
7 Uhr, in der Festhalle des Berliner Stadthauses, Eingang Kloster-
straße, 2. Einführungsabend zum Richard-Strauß-Kon-
zert. Vortrag mit Demonstrationen am Klavier: Herr Dr. Alfred
Guttman. Karten zu haben: bei den Abteilungsleiterinnen, den
Ortsbildungsausschüssen, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses,
im Bezirksverband, in den Zelten 28. (Geöffnet von 9-4 Uhr
und Donnerstags von 9-1 und 4-7 Uhr.)

Urania - Tausendfrage. Am Sonntag, den 3. Oktober, nach-
mittags 5 Uhr, im Foyer der Urania, Tausendfrage: „Zwillingen“.
Die Experimentierfälle sind von 4 Uhr ab geöffnet. Karten ein-
schließlich Vorderende sind zum Preise von M. 1,- bis M. 1,50 an
der Kasse zu haben.

Die Kartoffelfestlichkeiten haben in Berlin begonnen, in der
Provinz beginnen sie heute. In Berlin dauern die Festlichkeiten bis zum
12. Oktober und in der Provinz sieben Tage länger, um in länd-
lichen Bezirken die Schulkinder zur Kartoffelernte heranzuziehen zu
können.

Dr. Loewenstein über die weltliche Schule. Am morgigen Son-
ntag, vormittags 9 1/2 Uhr, finden in der Aula, sowie auf dem Schul-
hof der Oberrealschule Steglitz, Eisenstraße, zwei große öf-
fentliche Versammlungen mit dem Thema „Die weltliche
Schule“ statt, wobei Dr. Loewenstein und Dr. Oskar
Hilgenberg sprechen werden. Im Anschluß daran findet ein Demon-
strationszug statt. Schüler und Schülerinnen haben zu der Ver-
sammlung sowie zu dem Demonstrationzug keinen Zutritt. Die
sozialistischen Elternbeiräte versammeln sich um 8 1/2 Uhr auf dem
Schulhof.

Der Arbeitsnachweis der Stadt Berlin hat mit dem 1. Oktober
dieses Jahres seine Zweigstellen für Schneider und Schnei-
derinnen in der Geroldstraße 25 und in der Tresewitzer 58 ge-
mäß Beschluß des Nachauschusses vom 26. August 1920 aufgelöst
und die Vermittlung derselben nach der Hauptstelle Müllerstraße 9,
Wittelgebäude 1 Treppe, verlegt. Die Vermittlung findet in der
Zeit von 8-3 Uhr statt. Fernsprecher Amt Norden 11 040-11 048,
3791-3797, 3891-3892, 9764.

Ueber unannehme Scherereien bei Abnahme der Telefongebühren
wird von einem „Vorwärts“-Leser lebhaft Klage geführt. Die
Telefoninhaber habe man erst mehrere Stunden warten lassen,
um ihnen zuletzt eine Zahlkarte auszubändigen. Warum, so fragt
der Widerspruchsführer, lasse man die Telefoninhaber erst ihre
nützliche Zeit durch Warten verstreuen, und sagt ihnen das nicht
sofort? Die Verzinsung des Geldes erfolgt übrigens nicht sofort,
sondern erst ab 1. November.

Die Kreisvertreterversammlung des Kreises Prenzlauer
Tor, der aus der 23., 24., 25., 26. und 29. bis 32. Abteilung be-
steht, hat auf der Kreisdelegiertenversammlung nach einem Re-
ferat des Genossen Kemnitz folgende Genossen in den Kreisvor-
stand gewählt: 1. Vorsitzender Max Kemnitz, 2. Vorsitzender
Paul Litzner; als Schriftführer Gustav Reichreiter,
E. Stappenbed; als Beisitzer: Goldschmidt (28. Abt.),

H. Leys, G. Kling, Aug. Schmitz, Franz Seebinder;
Präsidentin: Alice Heilborn; Vertreter der Elternbeiräte:
R. Prozewoffin. Die Wahl des Vertreters der Bezirksver-
ordneter ist noch nicht erfolgt; Vertreter der Jugend: Walter R. U-
diger. Die Versammlung beschloß sich des Weiteren mit un-
serem neugegründeten Gesangverein, der bereits aus 60 aktiven
Sängern besteht. Es wird den anderen Kreisen empfohlen, Neu-
gründungen vorzunehmen. Die Übungsstunden des „Sozialdemo-
kratischen Männerchors“ (Prenzlauer Tor) finden jeden Freitag,
abends 7 1/2 Uhr, bei Wessing, Stargarder Str. 3, statt.

Die Auslandsdeutschen aus allen Ländern veranstalten Montag,
den 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Stadthalle Klosterstraße (Unter-
grundbahn) eine große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Ent-
schädigungsfrage. Bericht des Alldeutschen Ausschusses über die Verhandlungen
mit den zuständigen Reichsministerien.

Versammlung aller Kriegsbefähigten und Invalideverletzte
sowie deren Hinterbliebenen im Dienste der Staatseisen-
bahnen für den Bezirk Groß-Berlin heute, abends 7 Uhr, Pöhlharmonie,
Bernburger Str. 22/23.

Marlenberg-Spende. Die Gemeindevertretung stimmte zu-
nächst der Rechnungslegung über den Neubau des Feuerweh-
r- und Polizeidienstgebäudes zu. Der Antrag der Super-
numerare auf Erhöhung der Bezüge wurde genehmigt. Den bei der
Bestimmung des Wärters Erbhöher beteiligten Polizeibeamten wurde
eine außerordentliche Beförderung in Höhe von je 200 M. zuge-
billigt; dem ebenfalls dabei beteiligten Soldaten, welcher von dem
Verbrecher schwer verletzt wurde, sollen 500 M. gezahlt werden. Die
Unabhängigen stimmten dagegen, weil die Polizei dabei nur ihre
Pflicht erfüllt hat. Für die Rückzahlung von Steuern aus dem
Vorjahre sind im Etat nur 20 355 M. eingestellt; die Summe reicht
bei weitem nicht aus und wurde deshalb auf 50 000 M. erhöht. —
Gleichfalls erhöht wurden die Sätze für Unterbringung
von Kranken in den Armenanstalten, Stiefenanstalten; dem
Armenetat wurden weitere Mittel bewilligt für die minderbemittelte
Bevölkerung. 4000 M. wurden als Wirtschaftsbefehle für ehe-
malige Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt. Zur Deduktion der
im Jahre 1919 gezahlten Summe für die Kriegswohlfahrtsfrage
wurde beschlossen, den Betrag von 20 228,38 M. aus dem Fonds zur
Unterstützung von Kriegsbefähigten und Kriegsinteressierten zu
deduzieren. Bei der Nachbewilligung von Mitteln für die Erstellung des
Unterichts an der Frauenschule wurde dem Genossen Gerlach be-
antragt, auch die beiden anderen Punkte, Bewilligung für Mittel
der wahlfreien Unterrichtsjäger und den Leiter der Fortbildungsschule
zusammen zu behandeln. Es wurde demgemäß beschlossen,
dieselben Sätze zu zahlen wie an der Fortbildungsschule, die sich
wieder nach den von Berlin bewilligten Mitteln richten. Bei der
Bewilligung von Mitteln zur Anstellung von Hilfslehr-
kräften für das Gymnasium fragte Brandt (U. S. P. D.)
nach dem Durchschnitt der Schülerzahl an den Gemeindeschulen.
Hieran knüpfte sich eine längere Debatte, weil Herr Desse (Bürgerl.)
der sozialistischen Mehrheit der Gemeindevertretung den Vorwurf
machte, daß diese durch den Bau von Schulbauten mit dem Geld
der Steuerzahler in unangemessener Weise gewirtschaftet habe.
Es werde einem „Phantom“ nachgejagt. Genosse Gerlach und
Brandt (U. S. P. D.) wiesen Desse nach, daß er sich in einem
großen Irrtum befinde. Die Anfrage Brandt wurde schließlich von
den Gemeindeverordneten Stübner (Dem.) und Genossen Gerlach
als Mitglied der Schuldeputation dahingehend beantwortet, daß der
Durchschnitt der Schülerzahl an den Gemeindeschulen 30-35 be-
trage. — Dem Antrage der Polizeibeamten auf Urlauberteilung
infolge der Vertiefung der Polizei wird bis 31. März 1921 zu-
gestimmt. Dem Antrage des Beamtenausschusses auf Abänderung
des Gemeindeverordnungsbeschlusses vom vorigen Jahre, wonach keine
lebenslängliche Anstellung vorgenommen werden soll, wird zuge-
stimmt mit der Maßgabe, daß die Anstellungen auf Grund der ge-
nehmigten Beamtenauswahldesform erfolgen werden. — Der weitere
Antrag des Beamtenausschusses auf Abänderung des Kreisstatuts,
die Kündigung der Angestellten betreffend, wird zur einheitlichen
Regelung Groß-Berlin überwiesen. Der Erhebung eines Jubiläums
zur Grundbesitzersteuer mit rückwirkender Kraft vom 1. Juni 1920
wird zugestimmt.

Auf eine Anfrage Rüter (U. S. P. D.) wegen der am Orte be-
stehenden Privatstetzel, genannt „Selbstschutz“, wird vom Ge-
nossen Hahn erwidert, daß ihm offiziell als Amtsdorfsteher nichts
darüber bekannt sei. Für die Waffenlieferung auch dieser Or-
ganisation können die gesetzlichen Bestimmungen in Betracht
kommen und werde es seine Aufgabe sein, streng danach zu verfahren. Ueber
diese Organisation am Orte sollen Erhebungen angestellt werden.

Die Volkshandlung in Lichtenberg, die vom städtischen Volks-
unterhaltungsausschuss veranstaltet werden, erfreuen sich eines leb-
haften Interesses bei der Bevölkerung. Da die Vorzugsarten für
die beiden ersten Abonnementreihen bereits ausverkauft sind,
wird eine dritte eingerichtet, für die Vorzugsarten zum Preise
von 3 M. bis zum 3. Oktober in den Verkaufsstellen (u. a. Schul-
abteilung, Rathausstraße, Parade II; Theaterbilletverkauf Müggel-
straße 2) erworben werden können. Die ersten Kunstabende (Wäl-
denorchester-Konzert) finden am 27. und 28. September im Reali-
gymnasium in der Parkaue statt. Für die dritte Reihe ist die
erste Veranstaltung auf den 9. Oktober festgesetzt.

Die Vorwärts-Expedition für Reinickendorf-Rosenthal befindet sich
vom 1. Oktober an bei dem Genossen Wilhelm Buro, Prinz-Hein-
rich-Straße 34.

Filmschau.

Alt-England im Massenfilm.

An einem schönen Herbstmittag flüchtete die Union auf ihrem
Gelände an der Oberlandstraße in Tempelhof für den neuesten
Film „Anna Bolshyn“ mit Massenbetrieb. Nicht
weniger als 4000 Stotfen — meist Arbeiterlose, die die günstige
Gelegenheit zu einem Nebenverdienst gern ergriffen hatten — waren
für den Krönungszug mobil gemacht, so daß es selbst
dem Regisseur Ernst Lubitsch nicht ganz leicht wurde, diese
Massen zu lenken. Henny Vortzen als „Anna Bolshyn“ nahm sich
neben dem watierten, riefenhaft erscheinenden Emil Jannings
als Heinrich VIII. recht geriat aus. Ludwig Hartau durfte
Jannings die Krone tragen, zunächst der selbstsüchtige Kuppler seiner
Nichte, später, als sie in Ungnade gefallen war, ihr toisprechender
Räuber. Heinrich VIII. mit seinen acht Frauen, man wird später
sehen, was aus diesem an und für sich dankbaren Filmmodus ge-
worden ist.

Nach einlaß Proben, das für den Zuschauer recht interessant
war, den Regisseur und seine Hilfskräfte aber halb zur Verzweiflung
brachte, wurde der Krönungszug gebricht; die Aufnahme konnte als
gelungen gelten. Aufatmen allerseits. Einige Statisten verlor
sich zu drücken. Doch da ein stiller Pfiff des unermüdblichen
Regisseurs und die Massen werden für die nächste Szene auf-
gestellt.

Unter den vielen geladenen Zuschauern befand sich auch der
Reichspräsident.

Die „Tremo-Filmgesellschaft“ ist von München nach Berlin-
Johannisthal gewandert, um ihren großen historischen Film aus der
galanten Zeit Ludwig XIV. „Am Liebeshof des Sonnen-
königs“ hier zu drehen. Der Film stellt nicht, wie allzuoft ge-
schliche Gemüter vermuten, eine Verherrlichung des Franzosenhüß-
dar, sondern ist vielmehr ein geschichtstreuere Abbild der Hoffitten
vergangener Zeiten. Der Münchener George Burghardt weiß sich in
der Schaar galanter Hofdamen und Kavaliere mit dazwischenfüh-
ren zu behaupten. In den Barockgemächern Versailles jagt ein Zeit das
andere, zärtliche Rendezvous, Hofintrigen umgeben in düstem
Abend Ludwig XIV., unter dessen Rostschiff sich Brig Darius
verbirgt.

Der gestern abend erstellte in den Decca-Bioskopspielen Unter den
Kinden gezeigte Film „Die Tänzerin“ wies auf Handlung etwas
durch Leopoldine Konstantins schliche Karle Art, weibliches
Wesen auszubilden. Ein Blumenmädchen, von einem Mägen entdeckt, ist
zur großen Tänzerin geworden. Sie ist ein dankbares, anhängliches Ge-
schöpf, das dem Krönemoll, aus dem sie hervorgeht, die Freundschaft auch
dann nicht verliert, als ein junger Kritiker ihr Herz erobert und sie
der Bühne entföhrt hat. Doch der Film den Mägen zwischen ihrer Liebe
und ihrer Kunst eigenartig oder einträufelnd entwickelte, läßt sich nicht sagen.
Aber Leopoldine Konstantins Nare, empfindungsvolle Mägen läßt über die
Kante weit hinaus. Das Schicksal in der Silberreihe war der inhaltliche
Liebesfilm, den die Tänzerin erlebt. Ein zweiter Film „W. a. u. l.“
war eine Detektivhandlung bekannten amerikanischen Schlages.

Marmorhaus: Das Frauenhaus von Brescia. Ein
Geschichts- und Kulturfilm, der am Donnerstag seine Uraufführung er-
lebte. Die Gattin König Heinrich des Löwenburgers gerät auf ihrem Zuge
nach Rom in die Hände des Liebhabers ihres Mannes, des Oberbefehls-
habers von Brescia, der sie samt ihrem Gelohne in das öffentliche Frauen-
haus von Brescia stellt. Dort muß die Königin den Rännern der Stadt
zur Kurzwahl dienen. Die Freundin der Königin, Rosmunda, aber opfert
ihre Ehre ihrer Königin, die niemand kennt, und folgt ihr schließlich nach
ihrer Befreiung freiwillig in den Tod. Darstellerisch wurden unter der
porträtischen Regie Hubert Wests recht gute Leistungen erzielt, Hedda
Berzon und Ernst Deutsch verhalten sich in ihre Rollen bei weitem
am besten hineinzuweisen. Der Szenologe hätte man oft ein schnelleres
Tempo gewünscht.

Der Frauendienstadt hatte mit der Uraufführung des Films
„Witchehadel“ einen großen Erfolg zu verzeichnen. Die Berliner
Max Jung und Julius Langh führten in die Bekanntheit des
Londoner Dikens ein. Polizeistellen nachher ab und die Handlung eine
Kand nach Spitzhuten, die eine löbliche Verleumdung aus dem Hause eines
Lords stellen, dabei aber betrogen werden, denn die achte Kette ist bereits
von einem inerten Inzestvergehen verurteilt worden. Letzten Endes
werden die Ganner, denen inzwischen auch die achte Kette in die Hände
gefallen ist, vom Arm der strafenden Gerechtigkeit erloht. — Ganz vor-
zügliche Taten der Londoner „Schweren Jungen“ sind Henry Bende
als „Tom, der Rentier“ und Guido Herzfeld, der den Dichter und
Gelegenheitsmacher Jodel glänzend charakterisiert. „Witchehadel“ dürfte
dank spannender Handlung und trefflicher Darstellungen — erwähnt seien
noch Hans Wierendörf als Fred Hopkins und Gert Hegre
als Hadel — seinen Weg machen.

Für den Terra-Monumentalfilm „Gräfin Walewska“, Regie
Otto Alpert, wurden neben Hella Hahn in der Titelrolle als Haupt-
darsteller verpflichtet: Rudolf Lettinger, Wagnus Eißler, Denise, Edithoer,
n. Lechebur, Margarete Kupfer, Wechslibilds Heim. Ausstattung: Gust
Etern. Photographie: Max Lupe.

Die Verlichtung der Decca-Bioskop-Filmateliers in Neu-
habelberg findet zum Besten der Volkshandlung für die vertriebenen Aus-
landsdeutschen heute 11 Uhr vormittags statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 2. Oktober:

11. Wahlkreis (Schöneberg-Reichenau). Die Handzettel zu der am
Montag in der Hohenschule, Weiser Straße, stattfindenden Ver-
sammlung sind dem Genossen Doh, Martin-Luther-Str. 60, in Empfang
zu nehmen.

11. Abt. Die Bezirksführer werden ersucht, die Extranummer des
„Vorwärts“ zuecht Verbreitung vom Genossen Kreßin, Püllitzer 10a, ab-
zugeben.

Morgen, 3. Oktober:

12. Kreis (Steglitz, Lichterfelde, Pantzin und Tübingen). Vor-
mittags 9 Uhr auf dem Hof der Oberrealschule in Steglitz, Eisenstraße,
durch die Elternbeiräte der S. P. D. und U. S. P. D. des 12. Kreises ein-
berufene öffentliche Versammlung. Referenten: Dr. Löwenstein und
Dr. Oltmann.

35. Abt. 9 Uhr Flugblattverteilung von Krüger, Püllitzer 34, aus.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 2. Oktober.

Arbeitsgemeinschaft Wedding-Gesundbrunnen. Rosenthaler
Vorstadt, Schönhauser Vorstadt I und II, Prenzlauer Vorstadt,
Herbstfeier in der Böhmischer Brauerei am Prenzlauer Berg.
Anfang 7 1/2 Uhr, Zaalöffnung 8 1/2 Uhr. Eintritt 1 M.
Abteilung Reinickendorf-Ch. Im Realgymnasium, Wemer-
straße, Elternabend mit besonderem Programm. Anfang 7 Uhr.
Im Zentraljugendheim abends 7 Uhr Konferenz, sämtlicher
Abteilungsleiterinnen. Wichtige Tagesordnung. Abrechnungen.
Anwesenheit aller Abt. ist erforderlich.

Donntag, 3. Oktober:

Gerndorf. 7 Uhr Raonstr. 32, Zimmer 20, Mitgliedsversammlung.
— Sabot. Cöpenicker Viertel. Führung durch das Krematorium in
Treppten. Treffpunkt 7 1/2 Uhr Weitzer Bahnhof (Unfallstation).

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Zentralverband der Jubiliden und Witwen, Ortsgruppe Groß-
Berlin. Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 9 Uhr: Lokale Ver-
sammlungen aller Jubiliden und sogen. Armenrentner in den Schulen
Gipshof, Wa. Rheinberger Str. 4/5 und Danziger Str. 2. Referenten die
Lebensgenossen Scharte, Wolf, Suble, Stadterochter. Freie Aus-
sprache. — Deutscher Werkmeisterverband, Bezirksverein Berlin 4.
Hochgruppe Metallindustrie. Montag 8 Uhr: Generalsammlung, Tages-
ordnung: Vortrag und Wahlen. — Charlottenburg. Volks-Fer-
retungsverein Groß-Berlin. Montag, 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,
im Volkshaus, Rosenthaler 4: Versammlung mit Lichtbildvortrag. —
Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr im Bürgerhof
des Rathauses, Köpenick: Vortrag des Herrn Dr. A. Rosenbergs: Thomas
Münzer, ein deutscher Freiheitskämpfer. Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Ein Wirtshaus in Dantsch vernichtete in der Wäscherei Ma-
terialien und Werte für zwei Millionen Mark. Der eng-
lische Zerstörer „Walhalla“ beteiligte sich an den Wäscharbeiten.

Schließung des Hagenbäcker Tierparks. Nach Mitteilung
der Zeitung wird der Hamburg-Stellinger Tierpark am 3. Oktober
bis auf weiteres geschlossen, um mit Ruhe bessere Zeiten
abzuwarten und eine Ausbesserung und Auffrischung des Tier-
parks vorzunehmen. Den Gebrüder Hagenbäcker ist dieser Entschluß
nicht leicht geworden, nachdem sie 6 Jahre lang das Unternehmen
unter den größten Opfern durchgehalten haben. Aber die Lage
der Verhältnisse war stärker als ihr Wille.

Im Baumwollhafen von Galveston ist ein Brand ausge-
brochen. Der Schaden wird auf 2 Millionen Dollar geschätzt. Das
Feuer zerstörte Baumwolle und beschädigte mehrere Dampfer.

Sport.

Im das Gassen: Rad von Berlin, das die Olympiade am
kommenden Sonntag als Hauptereignis ausführen läßt, kämpfen
Appellans, Lemoisais, Samal, Thomas und Krupat. Das
Rennen wird in 2 Rufen von je 50 Kilometer gefahren, und ist
derjenige Sieger, der die meisten Kilometer zurückgelegt hat.

Auch die Olympia-Reisenschaft für Flieger ver-
spricht guten Sport und bringt Stabe, Sennede, Schwab, Mägger,
Hahn, Stolz, Krähner, Kendebocker, Schulz, u. a. an den Start.
Das 10-Kilometer-Prämienfahren verspricht ebenfalls
viel Abwechslung. Im Hweißher-Sauptfahren starten
u. a. Stabe, Sennede, Schwab, Hahn, Schulz, Keinas, Krähner,
Mägger, Stolz, Wehrndt, Amort-Schäfer. Die Rennen be-
ginnen um 3 Uhr.

Tauwägenverein Naturfreunde, Ortsgruppe Berlin-Ohlshornorte.
Sonntag: Straußberg, Hohes Fiech, Döpler, Straußberg. Abfahrt Schlägler
Bahnhof 6 1/2 Uhr.

Arbeiter-Radfahrerband, Solidarität, Ortsgruppe Berlin, II. Abt.
Sonntag, den 3. Oktober, nachm. 1 Uhr, nach Dirschgarten (Wilhelmshof).
Start: Fontanepromenade 18 (Restaurant Leuchturm).

Arbeitslosigkeit und Flüchtlingselend.

Die Preussische Landesversammlung erledigte am Freitag zunächst

Kleine Anfragen.

Eine Anfrage des Abg. Richter (Dnat. Sp.) über den Erlass des Kultusministers gegen die Verteilung von unrichtigen Schülern an den parteipolitischen Vereinigungen und deren Verhandlungen beantwortet die Regierung dahin, daß parteipolitische Besetzungen aus der Schule ferngehalten werden sollten und Jugendliche, die der Schule angehören, sich der Schulordnung zu fügen hätten. Durch das Hereintragen parteipolitischer Bestrebungen in die Schule würde deren eigentlicher Zweck stark gefährdet.

Entschädigungen für die in vielen Bezirken verheerend aufgetretene Maul- und Klauenseuche — Anfrage des Abg. Kaufschüb (Soz.) — können den Viehhältern aus Mitteln der Provinzialverwaltung gewährt werden.

Abg. Dalse (Dnat. Sp.) begründet darauf einen Antrag, für die gemeinsamen Schülerausflüge freie Fahrt über Militärrate zu erwirken. Beschlossen wird Ueberweisung an den Reichsausschuss.

Ein gemeinsamer Antrag aller Parteien verlangt, daß die staatlichen Väter den Sozialversicherung

und der minderbemittelten Bevölkerung sowie dem Handelsstand zur Verfügung gestellt und auch die zahlreichen Väter im Privatbesitz dem sozialen Gedanken dienstbar gemacht werden. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Einen Preussenantrag um Bereitstellung umfangreicher staatlicher Bauarbeiten zur

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

begründet Abg. Altesger (Zentr.): Das Handwerk ernährt 12 Millionen Menschen in Deutschland, es leidet aber von allen Ständen am meisten unter der Beschäftigungslosigkeit. Dem soll unter Antrag abgeholfen. Das Handwerk arbeitet besser und billiger als die eigene Regie des Staates.

Abg. Krenzel (Dnat. Sp.) unterstützt den Antrag. Abg. Dammert (Dem.): Wir stimmen ebenfalls zu. Das Handwerk muß lebensfähig erhalten werden, sonst ist unsere Produktion nicht auf die alte Höhe zu bringen. Produktive Erwerbslosenunterstützung ist jedenfalls besser als eine Geldunterstützung. (Zustimmung.) Kamentisch bei unseren Wasser- und Kanalarbeiten darf kein Arbeiter entlassen werden.

Abg. Lange-Oberhausen (D. Sp.) stimmt dem Antrag zu.

Abg. Haese (Soz.):

Wir sind immer dafür eingetreten, daß von Staats und Gemeinde wegen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Erwerbslosigkeit produktiv zu bekämpfen. Dabei ist selbstverständlich auch das Handwerk zu berücksichtigen. Die Regierarbeiten würden für die Handwerkermeister eine ganz besondere erzieherische Wirkung haben. Auch die sozialen Vandebeide dürfen dabei nicht leer ausgehen. Die Jugendberufshilfe bei Subventionen, wie sie jetzt in der Industrie um sich greift, ist ein ungeheurer Zustand. Wir werden nach Möglichkeit alles tun, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und nehmen deshalb den ersten Teil des Antrags an, den zweiten nur bei Annahme des unabhängigen Antrags.

Abg. Paul Hoffmann (U. Soz.) begründet einen unabhängigen Antrag um Aufhebung der Worte: „Soweit nicht eigene Regie in Frage kommt“. Wir unterstützen alle Bestrebungen produktiver Erwerbslosenunterstützung.

Der Antrag wird dem Hauptauschuss überwiesen. Es folgt der Antrag Adolf Hoffmann (U. Soz.) über die Maul- und Klauenseuche.

Der unabhängige Antrag auf Ueberweisung an den Landwirtschaftsausschuss wird abgelehnt, dagegen die Besprechung gleich mit dem deutschnationalen Antrag über Bekämpfung der Pferde-seuche verbunden.

Abg. Konrad (Dnat. Sp.) begründet diesen Antrag und for-

dert Bereitstellung von Mitteln zur Bekämpfung der infektiösen Anämie sowie Entschädigung der in Viehhaltung gezogenen Landwirte.

Abg. Dr. West (U. Soz.) begründet den unabhängigen Antrag zur Abhebung der durch das Wiken- und Klauenseuche zugefügten Schäden den Kleintierhaltern mit Staatsmitteln zu helfen.

Abg. Jacoby-Kauff (Zentr.) weist auf die großen Verluste hin, die die Landwirte durch die Maul- und Klauenseuche erleiden. Eine Milchkuh kostet heute 10000 Mark.

Abg. Lawrenz (Soz.): Dem Antrag betreffs der Maul- und Klauenseuche stimmen wir zu. Ein Fabrikarbeiter aus Dortmund hat bereits 1913 ein wirksames Mittel gegen die Seuche gefunden, das sich nach dem Zeugnis von Landwirten gut bewährt hat. Er hat es damals dem Landwirtschaftsminister an. konnte aber die von der Regierung gestellten Bedingungen nicht annehmen, weil er sein Mittel dann nicht hätte verwerten können. Die Seuche wütet auch unter den Viegen. Hier dürfte mit Entschädigungen nicht gespart werden.

Ein Regierungsvertreter bemerkt, daß die Regierung bereits mit den Provinzen in Verbindung getreten sei, damit die Entschädigung auch auf den Verlust von Viegen ausgedehnt wird.

Seine Anträge gehen an den Landwirtschaftsausschuss. Es folgt ein deutschnationaler Antrag über Bereitstellung von Mitteln zur Unterbringung der ober-schlesischen Flüchtlinge.

Abg. Zukasowky (Dnat. Sp.) begründet ihn. In Oberschlesien sind 130 Deutsche von den Polen erworben worden. Die Flüchtlinge, deren Zahl 20000 beträgt, sind oft kaum mit dem Notdürftigsten besetzt. Es ist eine Ehrenpflicht der Regierung, hier einzugreifen.

Abg. Gabel (Zentr.): Wir sind mit der Tendenz des Antrags einverstanden. Den Oberschlesiern wird das Ausarbeiten nicht nur durch die materielle Not erschwert, sondern auch durch manche unbefonnenen Handlungen wie die in Breslau.

Ein Regierungsvertreter erkennt es als selbstverständliche Pflicht der Regierung an, für die gefährdeten Oberschlesier zu sorgen. Der Staat bedient sich des roten Kreuzes dazu. Wir haben

Flüchtlingskommissare

in Reife, Krieg und Leids und einen Hauptkommissar in Breslau. Zu den Kosten leistet das Reich vorläufig 40 Proz. Vorschüsse, Provinzen gleichfalls 40 Proz. (Beifall.)

Abg. Dauls (Soz.): Nach meinen Informationen sind es nur 6000 Flüchtlinge. Auch den ober-schlesischen Städten muß geholfen werden, die unter dem polnischen Terror leiden.

Der Antrag wird dem Hauptauschuss überwiesen. Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung, die auf Mittwoch, den 6. Oktober, 1 Uhr, anberaumt wird, kommt es zu einer Geschäftsordnungsdebatte. Auf Beschwerden des Abg. Fudike (Dnat. Sp.), daß das Wahlgesetz noch nicht eingegangen sei, weshalb er und seine Freunde selber einen Gesetzentwurf ausgearbeitet hätten, teil: Präsident Heinert mit, daß die Wahlvorlage in einer Kabinettsitzung geändert worden sei und an das Ministerium des Innern zurückgehen mußte.

Schluß 6 Uhr.

Wirtschaft

Der deutsche Strumpf.

In einem interessanten Aufsatz bringt das „Berl. Tagebl.“ Neuherungen Chemischer Strumpfwerkstätten über die Lage der deutschen Strumpfindustrie. Die einst eine weltberühmte Stellung hatte. Hier werden auch folgende bemerkenswerte Mitteilungen über das Entstehen einer australischen Wollwarenindustrie gemacht: „Mit ersten Sorgen,“ fuhr der Fabrikant fort. „blide ich nach Australien. Die dortige Regierung hat im Verein mit den großen Wollzüchtern Mäne ausgearbeitet, die dahin gehen, in Australien selbst im allergrößten Maße zur Erzeugung von Wollwaren einzurichten. Die Regierung und die

Wollzüchter sind gewillt, zur Verwirklichung dieses Planes ungefähre Millionen Pfund Sterling zur Verfügung zu stellen. Nach den Informationen, die mir von unerrätlicher Seite geworden sind, scheint gar kein Zweifel zu bestehen, daß wir — vielleicht schon in wenigen Jahren — in Australien eine Wollindustrie haben werden, die alles bisher Dagewesene in den Schatzen stellt. Das würde für uns deutsche Produzenten natürlich eine gefährliche Konkurrenz werden und es wäre vielleicht gut, wenn die deutsche Regierung zeitweilen ihr Augenmerk auf die australischen Mäne lenkte. Australien ist der größte Wollproduzent der Welt (wir Deutsche haben 1913 für 165 Millionen Mark australische Wolle bezogen) und es kann in der Tat weder ein anderer noch ein innerer Grund angeführt werden, der gegen die Erfindbarkeit der australischen Mäne ernstlich spräche. Etwas schwieriger liegt freilich in Australien die Arbeiterfrage. Denn dortartige Maschinen kann nur ein geschulter Arbeiter bedienen. Man braucht aber nur einen Blick auf das immer mehr anwachsende Meer der Arbeitslosen zu werfen, um eine starke Uswanderrung unserer Textilarbeiter befürchten zu müssen.“

Nicht zu bewältigende Börsengeschäfte.

Die Arbeitsrückstände haben sich bei den hiesigen Banken und Kassen in jüngster Zeit derartig angehäuft, daß in Bankkreisen die Frage erörtert wird, ob die Börse, wie im Frühjahr, wieder an einigen Tagen der Woche geschlossen werden soll. Eine Erledigung der laufenden Arbeiten innerhalb der ordentlichen Büroarbeitsstunden hat sich seit einiger Zeit nicht mehr durchführen lassen, und es wird mehrmals in der Woche mit Ueberstunden gearbeitet. Dem Wunsch der Bankwelt gegenüber werden sich zweifellos auch die kleineren Privatfirmen sowie namentlich die Kasser und Tagesspekulanten abfindend verhalten und darauf hinweisen, daß jede Schließung der Börse für sie eine Schädigung bedeutet.

Auf der einen Seite steigende Arbeitslosigkeit und Betriebs-einschränkungen, auf der anderen Seite Hochbetrieb der Spekulation mit dem der Produktion entzogenen, sich täglich entwertenden Papierkapital.

Geld gibt es ja gepumpt!

Mit wie wenig Ueberlegung und mit wie großer Leichtfertigkeit heute an das Bauen gegangen wird, zeigt folgende Zuschrift:

„Ich hatte mir ein Grundstück erworben, auf dem ich mir im vorigen Jahr eine Laube baute. Da ich im Besitz eines Spar-kassenbuchs über 2100 M. war, dachte ich, du baust dir eine kleine Wohnlaube massiv. Geld gibt es ja gepumpt. Ich fing nun mit einem Kollegen an zu bauen. Der Holzlieferant gewährte mir Kredit. Nachdem überlegt ich mir die Sache und baute ein Landhäuschen. Währenddem bemühte ich mich um ein Darlehen oder Hypothek, doch hatte ich kein Glück. Staatsbankrott gab es auch nicht mehr. Die Lieferanten, die eine Gesamtforderung von 20000 Mark hatten, drängten. Doch alles Suchen war vergeblich. Ich erhielt kein Geld. Keiner wollte, so hoch wie ich es wünschte, mein Haus beleihen. Nun stehe ich da mit meinem halbfertigen Haus. In allem Unglück habe ich meine Wohnung in Berlin im Frühjahr schon bis auf eine Stube abgegeben, wo meine Möbel stehen. Der Winter steht vor der Tür. Im Sommer habe ich mich in dem Neubau so durch-gewohnt, indem ich von einer Etage in die andere zog, doch jetzt freieren wir. Es liegt kein Fußboden, es fehlen die Türen und die Scheiben, keiner borgt mir noch etwas. Ich habe mich in meiner Not an die Eisenbahndirektion gewandt, doch wollte die nur 12000 M. geben, davon gingen 4000 M. auf das Grund-stück ab, behalte also noch 8000 M., und um alles fertig zu machen, brauche ich noch mindestens 35000 M. Sie berechnen 50 Proz. Aufschlag gegenüber im Frieden. Nun wollte ich die Wohnungs-not lindern helfen, indem ich meine Wohnung preisgab, in der eventuell zwei Familien wohnen können, und nun stehe ich da mit meinem Talent. Wer hilft nun? An wen werde ich mich nun?“

Der leichtsinnige Bauherr hat sich seine Not selbst zuge-schrieben. Statt einen einfachen Bau aufzuführen, wollen die

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis

sonntag mittig. Mild und zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt, im Binnenlande stellenweise zahlreiche, im Küstengebiet mehr vereinzelte, meist geringe Regenschläge.

Wahrem Heilmittel
Supfeld nebst Stam
berühmte Heilmittel zur
Bekämpfung
die Geisteskrankheiten
Etrian.

Die höchsten Preise
für sämtliche
Altmetalle
zahlt immer noch

Wiemer, Puthner
Str. 30, I.
im Bf. Gesundheitsamt,
Hirbachstr. 4, Hof,
im Zentral-Viehhof, und
Tütel, Schivelbeiner
Str. 5, am Ring-
bahnhof Schönhauser Allee.

Lötzinn
Zinn, Blei
kauft zu höchsten Preisen
Linschmelze Casarier,
Schützenstraße 13.
Ank. 9-5 Uhr ununterbrochen

Metallankaufsstelle
Osten,
Grüner Weg 80
zahlt höchste Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.**

Im Lothringer Str. 40, Hof
und Bernauer Str. 98
kauft zu unüberbietbaren
Preisen
**Kupfer, Messing
Quecksilber
Blei, Zink.**

Eine 2-3 mmer-
Wohnung
in Chemnitz gegen
eine ebensolche in Ber-
lin zu tauschen gesucht.
Off. Anfragen zu
schicken unter G. 6 an
die Hauptredaktion
dieser Zeitung.

Flüchtlinge, Vertriebene des In- und Auslandes im Reich!
Am Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 10 Uhr:
Protest-Versammlung
im großen Saal der „Neuen Welt“, Rosenheide 108-114.
Thema: **„Unsere rechtlichen Forderungen“.**
Selbstlos, Entschlossen, Bestrebt aus allen Ecken Deutschlands, Flüchtlinge des In- und Auslandes, die Ihr Verbleiben für Eure Rechte einreten wollt, das bis heute mit Mühen vertreten wurde, die Ihr danach tragt, daß Eure traurige Lage sofort verbessert werden muß, daß unbedingt ohne jegliche Verzögerung die Auszahlung der Entschädigungen erfolgen muß, die Ihr für eine sofortige Auszahlung einer einmaligen angemessenen Beihilfe seid, erhebt! Kommt und bleibt in der Versammlung!
Reiner Eifer, es geht um Euer eigenes Interesse! Der proletarische Auszubeh

Achtung, Kriegerwitwen!
Durch die Ausführungsbestimmungen der Reichs-versorgungsstelle, über die augenblicklich im Reichs-arbeitsministerium verhandelt wird, soll eine neue ungeheureliche Verschlechterung der Lage der Kriegerwitwen eintreten. Gegen diese neue Provo-kation gilt es
1766b

Protest
zu erheben. Kriegerwitwen, erscheint in Massen am
Sonntag, den 3. Oktbr., vorm. 10 Uhr
im
Lehrervereinshaus, Alexanderplatz
Internationaler Bund der Kriegsopter.

Phorosan - Heilinstitut
für Haut-, Geschlechtskrankheiten u. Frauenleiden
Großbeerenstr. 57.
Gonorrhöe-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen
Phorosan-Verfahren. Syphilitische, Streng wissenschaft-
lich. Spez. ärztl. Leitung. Separat. Zimmer. Sprech-
stunden 11-3 außer Dienstag. Sonntags 10-12. - Kur-
dauer siehe Broschüre: „Die Gonorrhöe und ihre
Zwölftagekur“ M. J. - Prospekt V. gegen Porto.

Ringeisen jeder Art:
Runde, Flach-, Quadrat- u. Wandeisen,
Gas-Siede-Röhre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie alle Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Morgens 12072. Ecke Voltairerstraße. Morgens 12071.

Erhöhte Preise für
Zinn, Weißmetall, Kupfer
und andere Metalle kauft
laufend
Eichler,
Malmber Straße 26,
Zwischen Ringbahn, Gesund-
brunnen u. Schönhauser Allee.
Größere Posten frei Abholung.

Möbel-Groß
Kupf. - Ange-
bot.
Kompl. dunkle Rühen 575 M.
Bunte Stoffbetten 315 „
Bettstellen von 315 M. an.
Große Möbel jeder
Art.
Kredit an Alle!
Lieferer auch nach auswärtig.
Möbel-Groß
Große Frankfurter Str. 141
Zentraldenkstraße 5.

Haut-, Harn-, Frauenleiden usw.
werden schmerzlos und ohne Benützung behandelt im
Neuere Institut (spezialärztliche Leitung) Berlin SW,
Blücherstr. 3 (direkt am Goltzplatz). Sprech-
stunden 10-12, 4-8, Sonnt. 11-1. Damenzimmer separat.
Erfolge selbst noch da.
wo alles andere versagt.
Dr. med. Ludwig Proff für 2,60 M. in verschlossenem
Umhänge gibt Ausschluß.

Linnm-Torte Können Sie für Hallen mit
Oetkers
Milch-Eisweib-Tulver
mit Triebzusatz
Nährhaft u. gebrauchsfähig wie
2-3 Eisweib
für Nannkuchen,
Käse-Kuchen,
Torten.
Man verlange Rezeptbuch &
Rechnungsbogen Oetkers & Co.
Bielefeld

Holzwarenfabrik
nahe Alstedt zu verkaufen. Er-
fordertlich 100000 Mark Rückeres
gegen Käufer. 80,9
Eugen Fr. Schmidt & Co.,
Cübel.

Zinn, Blei,
Bierflaschen sowie
sämtl. Altmetalle höchstbill.
Händler Extra-Preise!
Zinnschmelze Prinzessinnen-
straße 17 (Morgensplatz n. West.).

Altmetalle
Zinn, Lötzinn, Lager-
metalle, Quecksilber
höhere Preise.
Dresdener Strasse 18-14.

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen
zu höchsten Preisen
Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon: Morgensplatz 9933
Für Kupfer, Messing
Rotguld, Blei, Zink zahle
die höchsten Tagespreise
Falkenstraße 15
(Schlesisches Tor).

Metallschmelzwerk
kauft für
Reinzinn, Lötzinn,
eigenen Bedarf **Blei, Lagermetalle**
Anfragen werden sofort angefertigt
und zählt als Selbstfluorbraucher die höchsten Preise.
Erich Liepmann,
Mariannestr. 18,
Morgensplatz 6804.

Bedeutende Baufirma
zählt für den Rohbau von
Bauaufträgen
hohe Provision.
Offerten erheben unter B. N.
L. 34 an Ala - Rosenheide
& Bogler, Berlin W 25, 85/15'

Möbel
gegen bar u. Teilzahl.
Herabgesetzte Preise.
Kleinste An- u. Abzahl.
Landwehr,
Müllerstr. 7 (Wedding).

Zähne 3 an
Teillzahlung 5 J. Garant. Kronen 18 M. Plomb.
1,50. Zahnziehen m. Einspr. höchst schmerz-
los. Umarr. schmerzlos. Gebisse. Rep. sof.
Zahnarzt Wolf, Potsdamerstr. 33, Hochb. Sprechz. 9-7.

Bettmöbel
versäume prakt. Arzt Dr. Zott-
manns „Kraton“, das Neueste,
sollert wirkend, anzuwenden.
Pat. gesch. Auskunt. kosten-
los. Alter und Geschlecht
angeben. - Versandhaus
Medika 26, München 36.

Pianos, Flügel, Orgeo-
nium, nimm, Ausst-
spielpianos, Spielapparate,
für jedes Harmonium passen.
Piano-Magazin
A. Lehmann & Co.,
Jah.: Gantenberg,
Ceipziger Str. 115-116.
Gr. Frankfurter Str. 106.

Oberlandesgerichtsrat
außerordn. ordentlich. Rechtsberatung, Abwicklung (schwierigster
Fälle. 600 Klimenten, Vertrauenssachen, Ermittlungen,
Potsdamer Str. 115, 2200m 2494. Direktor Fabrich.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Kleina Ida's Blumen,
Silhouetten, Bajazz.
6 1/2 Uhr.

Schauspielhaus.
Fuhrmann Henschel.
7 Uhr.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.
Stg. 2 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.
8 Uhr: Die Brandstätte.

Kammerspiele.
7 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.
Stg. 2 1/2 Uhr: Die Büchse der Pandora.
8 Uhr: Die Brandstätte.

Gr. Schauspielhaus
(Kartstraße)
8 Uhr: Jedermann (auß. Ab.)
8 1/2 Uhr: Dantons (Abt. A, 6.V.)
8 1/2 Uhr: Jedermann (auß. Ab.)

Theater l. a.
Königgrätzerstraße
8 Uhr: Mirandolina
mit Elise Helms, Salfner, Rie-
mann, Brandt, Pröckl, Behmer.
Sonntag: Mirandolina.
Montag: Erdgeist.
(Maria Orska, Alb. Steinrück.)

Komödienhaus
8 U.: D. gemütliche Kommissar
Der unerbittliche Schutzmann
Komödiantensiege
mit **Max Pallenberg**

Berliner Theater
7 1/2 Uhr: Der letzte Walzer
mit Fritz Massary

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Frau Büchel (Operette)
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Tosca.**

Friedr.-Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Hoheli die Tänzerin.

Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Die Pfarrhauskomödie
Kl. Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: Der Floh im Panzerhaus
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Liebe im Schnee.
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Arnold Räck in
Zwangsquartierung.
Metropol-Theater.
7 1/2 Uhr: **Hollandweibchen**
Neues Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Dame im Frack.
Neues Opernhaus
7 1/2 Uhr: Die Cirkoharones.
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Der Silberpelz
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Bettinas Verlobung
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Der dumme Franzl.
Tham Kolonnenplatz
7 Uhr: Wenn Liebe erwacht
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der ersten Liebe gold. Zeit
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Der Geiger von Lugano.
Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: Gastsp. Hartstein

Residenz - Theater.
Neue nachm. 4 U., kleine Pr.:
Struwwelpeter.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Die Freundin.
Von Hermann Sudermann.
Tilla Durieux, Toelle, Bildt,
Albers, Valentia.

Trianon-Theater.
Heute nachm. 4 U., kleine Pr.:
Reikippchen.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der Roman
der Frau.
Ida Wüst, Burg, Limburg,
Valenti, Falkenstein.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Der Anti-Christ**
3 1/2 Uhr: Schneewittchen.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. — Tel. 1/4:
Knorps sel. Witwe
und „Anschluß verpasst“.
Singspiel mit Viktor Litke.
Neu! Ernst Walter, Humorist.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Der Fleusdrache.

Eintritt frei.

Adi-Haus
Taubenstr. 34 — Ztr. 1052

Toni von Bukovitz
Paul Matinotti
Lisel Eye
Helmut Kreuzer
Lotte Schopenbauer
Arthur Kaplan
Dagmar Nausen-Reinsch
Theo D'or
Heinz Jarak
Adi Liebans Meisterquart.
Adolf Liebans

Erstkl. Küche, ff. Weine
Mocca, Tee, Schokolade
Beginn 7 Uhr.

Eintritt frei.

Volkstheater
a. Bülowpl.
Zum 1. Male:
6 1/2 Uhr: **Kabaleu.Liebe**

Lessing-Theater.
Heute bis Montag 7 1/2 Uhr:
Das Gelübde.
(Konstantin, Loos, Klöpfer,
Lind.)

Deutsches Künstler-Theater
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und
Trude Hesterberg.

Folies Caprice.
Täglich 7 1/2 Uhr abends:
Versicherung geg. Ehebruch
Elise unruhige Nacht
Lea's Ohnmacht
mit Ferd. Grünecker.

Apollo-
Theater
Dir. James Klein.
7 1/2 Abends 7 1/2 Uhr:
Die Sensation der
Wintersaison

Orient-
Natura-
Italische
Ausstattungs-Pantomim
in 3 Bildern

Harems-
Nächte!!
Mitwirkung von
20 Original-
Kameradern
30 Original-
Tänzerinnen
in den Hauptrollen:
Myriam Borka
südlich Schauspielerin
Kiki Klami Boy
Nadionath-Konstant
Lewis Brody
der Neuer-Filmstar
Erika Dennisson
die schwed. Tänzerin
sowie die übrigen
Oktober-Variété-
Sensationen!!
Sonnt. nachm. 3 1/2 U.
jed. Erwachsene ein
Kind frei.

Walhalla
Theater
a. Rosenthaler Pl.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Stg. nachm. 3 1/2 u. ab. 7 1/2 U.:
Gastspiel
Wilhelm Hartstein
in
Der Stolz der 3. Komp.
u. d. große Oktober-Prgr.
Die 5 Karleys
Marga u. F. Ouré
Charl. Montrell
K. Edler u. Nicki
Die 4 Eitner's
Mewa???
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachm.-Vorst. ungekürzt
wie abends. Ernt 2 Pr.

Theater a. Kottbus-Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Täglich 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachm. 3 U.:
Elite-Sänger.
Vollständig
neues Programm!
Blühendes-Konzert.
Vorv. 11-12, 4-6 Uhr

Schall und Rauch
Dir. Hans v. Wolzogen.
Wiederauftreten
Paul Graetz
Mady Christians
und
d. gr. Oktober-Prgr.
Balalaika-Orchester.
Konzert 7 1/2. Beginn 8 1/2

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Variété-Spielplan
Rauchen gestattet!

Ab heute täglich 8 Uhr:

Max Pallenberg

im

Komödienhaus

die Wiederholungen des erfolgreichen Courteline-Abends:

Der gemütliche Kommissar

Der unerbittliche Schutzmann

Komödiantensiege

Circus Busch
Tägl. 7.15, Sonnt. u. Mittw.
auch 3 Persönl. Auftreten
Hans Sarrasani
m. sein. Programm. Nm.
10 Kinder halbe Preise.

Variété-Café
Moritzplatz
Cranienstraße 53-54

Petermann
Burgos Co.
Rafaely
und das große
Variété-Programm.

Reichshall-Theater
Abends 7 1/2 und
Sonntag 8.30
Stettiner
Sänger.
Nm. halbe Dreife
Variété
Dönhoff-Str. 11, 6 1/2, 8.30

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr:
Flirt in St. Moritz.

Platin
Abfälle
Goldkontakte
Silberbruch
Zahngelisse
Quecksilber
Brennstifte
kauft zu höchsten Tages-
preisen

Adolf Friedländer
Kommand. str. 29
1 Treppe rechts.
Moritzplatz 4362.

Stoffe
zur Damen- und
Herrendarb. u. u.
Zutreffende O Knöpfe
Konfektion
für Damen und Mädchen
Wahrfertigung
Herabgesetzte Preise!

C. Pelz
5 Kottbuser Straße 5

Möbel
Bar oder Teilzahlung

bei kleinster An-
u. Abzahlung
zu bedeutend
herabgesetzten Preisen
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel

Liefere auch n. auswirts.
Lagerung kostenlos.

Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 50
5 Min. vom Alexanderplatz.
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bbl. Gesundbr.

Bekanntmachung

Es sei an dieser Stelle besonders darauf hin-
gewiesen, daß das Wallner-Theater mit seiner
diesjährigen Winternovität, der Gilbertschen Operette

Der Geiger von Lugano

eben seinen Stil geschaffen hat, der den geradezu
ungläublichen Erfolg des Premierabends erklär-
lich erscheinen läßt. Es sind hier Mittel verwendet
worden, wie sie bisher hauptsächlich an

Pariser und Londoner Operettenbühnen
üblich waren. Die durchaus moderne Handlung,
welche sich frei von jeder kitschigen Sentimentalität
hält, wird unterstützt durch alpenartige Arrange-
ments, exotische Tricks, mondäne Tänze und einen
Glanz der Ausstattung, wie sie bisher wohl kaum in
Berlin gesehen wurde. Die Musik des Lieblinge der
Berliner, Jean Gilberts, übertrifft sich selbst an
Fülle der Melodien voll Durchschlagkraft. Ein
Kapitel für sich ist das Ensemble.

Karl Lohberg / Lisa Berna / Oscar Kabe / Carl
Neckersachs / Gustav Metzner / Hans Wassmann
ein Herrschaftstett, wie es wohl an zwei oder drei
Bühnen zu gleicher Zeit, jedoch an einem einzigen
Theater bisher kaum gesehen wurde.

Mit Rücksicht auf den starken Andrang ist außer
dem bisherigen Theaterorchester Wallnertheater, 25
ein zweites Orchester zum Wallner-Theater geschaffen
worden. Dieses befindet sich in der Holzmarktstr. 61,
direkt gegenüber dem seitlichen Ausgang des Stadt-
bahnhofs Jannowitzbrücke. Außer den vielen Elek-
trischen führt die Untergrundbahn, Station Kloster-
straße, zum Wallner-Theater, welches für den Be-
sucher durch zwei Stationen längere Fahrt erreich-
bar ist, als die Theater der Friedrichstadt.

Es wird gebeten, Billets möglichst im Vor-
verkauf zu entnehmen, um den Andrang an der
Abendkasse nach Möglichkeit einzuschränken.

Nützen Sie die letzten
schönen Tage im

Luna-Park

Groß - Feuerwerk
Die berühmten Niagaras
auf dem Turmsell

Groß - Konzert.

METROPOL
KARTENBAR

Behrenstr. 54.
Abendlich präzise 7 1/2 Uhr:

Senta Söneland

Paul Steinitz

4 Millions — 3 Yukitos — 6 Varadys
und weitere 7 Attraktionen.

Admirals-Diele

im Admirals-Palast
Eröffnung 2. Oktober
Vornehmes Konzert ::
Nachmittags u. Abends

Doppel-Riegel
Industrie-Kern, ca. 250 g
Stück 3.75 M. nur in Kartons à 50 Stück.
Berlin SW 68
Max Bernh. Kiwi, Friedrichstr. 204.

Was ist

und was will der Sozialismus? 0,60 M.

Kautsky und Schönland: Grundsätze und For-
derungen der Sozialdemokratie 1,20

Felden: Kirche, Religion und Sozialdemokratie 1,80

Schulz: Sozialdemokratie und Schule 2,40

Wir Volksschullehrer und die Sozialdemokratie 1,20

Beamtenschaft und Sozialdemokratie 0,25

Frauenstimmen zu den Zeitfragen 2,75

Die Frauen und der politische Kampf 1,20

Stamper: Religion ist Privatsache 1,80

Verfassung, Arbeiterklasse und Sozialismus 1,80

Bernstein: Wirtschaftswesen u. Wirtschaftsworden 6,00

Lassalle: Arbeiterprogramm 2,40

Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 3

Kupfer
Rotgub
Meßing

zu den besten
höchsten
Zug-
preisen

kauft Tasche in fol-
genden Geschäften:

Belle-Alliance-Str. 98
Holtz, Bernhardtstr. 15a
Fischerstr. 9
Polymarktstr. 10
Platenstr. 215
Friedrichselder Str. 4
Vergaserstr. 56
Theobaldstr. 52
Schmiedestr. 2
Senefelderstr. 33
Urbanstr. 7
Georgenkirchstr. 12
Melanstr. 15
Adalbertstr. 39
Grenadierstr. 96
Ballfabrikstr. 21
Blücherstr. 11
Düppelstr. 21

Achtung, Brautleute!

1 Dukaten-Trauring

900 gestempelt 150 Mk. an
585 " 105 " "
333 " 65 " "

Inkl. Luxussteuer.

Jeder Ring ist tugendlos aus
massivem Golde hergestellt
bei voller Garantie für Fein-
gehalt! Jede Größe am Lager.

G. Alb. Thal
Erstes Berliner Spezial-
geschäft für Trauringe,
C. 19, Seydelstr. 5
(Spittelmarkt).
Eigene Fabrikation.

Gold
Silber
Platin

Bruch, Ketten, Ringe,
20st. Beamtstifte, Zahn-
gebisse, Uhren usw.
sowie sämtliche

Altmetalle
kauft höchstbühnd

Silberzentrale
Gotzkowskyst. 13

Kreuz-, Alaska-,
Silber-Füchse sehr
preisel.

Damenpelzkragen v. 46
Rotfuchskragen v. 140
Pelzfutter für Mäntel
von 120 M. an
Herrenkragen v. 65 an
Seal Electric, Biberet
Australische Opossum
in großer Auswahl.

Pelzwarenhaus
A. Klass & Co.,
Hackescher Markt
Rosenthaler Str. 40/41.

ANKAUF von

Juwelen
Gehörschiffen
A. Grünberg

BRILLANTEN

Metalle Preisverhöhung
Zinn! Lötzin! Weiß-
metall! Blei! Kupfer!
Messing! Zink! Alu-
minium! Nickel! Stannio-
papier! Quecksilber!
Glühstrumpfsche bis
150.—, saipeters-Silber!
Zahngelisse! Zahn bis
100.—! Goldbruch!
Silberbruch! Platin-
abfälle! höchste Tages-
preise.

**Edelmetall-Einkaufs-
bureau, Weberstr. 31.**

Ausbildung zu Polieren, Bauaufsehern, Hilfs-
technikern in Hoch- und Tiefbau, Sonder-
kurse über Statik, Eisenbetonbau, Perspektive,
Vorbereitung zur Baugewerkschule
und Meisterprüfung. 21/12

**Fachschule für Maurer, Kurfürsten-
Straße 141.**

Stellengesuche

Wie Klein, politische
oder Hauptschriftleiter sucht
per sofort 27jähriger Redakteur
(Dr. phil.) Stellung an mehr-
heitssozialdemokratischem Blatt.
Sünderer ist in Politik, Volkswirtschaft
bestens erfahren und rednerisch
geübt. Angebote unter N 6
an die Exp. d. „Vorw.“ erbeten.

Arbeitsnachweis
der Stadt Berlin. Stellen-
vermittlung für weibliche
Hausangestellte: (11-12)
Eichb. Str. 1, 1. Treppe. Oder
Friedrichselder Str. 11, am
Bahnhofstr. 11, Post-
straße 1, am Kriminalgericht.
Belle-Alliance-Platz 5, Ropen-
straße 1, nahe Schiff. Bbl. u.
Erdener Platz, Jägerstr. 11, am
Gendarmenmarkt. Friedrich-
straße 110-112, Oranienb. Tor.
Geöffnet 8-7. Sonntags 8-1.
Für Hausangestellte kostenlos.

Stellenangebote

Provisions-Reisende
Lohnende Schinger, Ebeling,
Neukölln, Leykestr. 5, Werk 1,
5-7. Sonntags bis 1 Uhr.

Laufmädchen
für Bureau zum sofortigen Ein-
tritt verlangt. Für schriftliche
Bewerbungen mit Gehaltsan-
geboten an **Emmanuel Fied-
lander & Co.,** Unter den
Linden 8. 86/2

Maurer und
Zimmerer,

Tüchtigen u. berufskundigen
Gesellen wird bevorzugte
Anstellung ermöglicht.
Meldungen an **Georg Heyer,**
Berlin - Friedmann, Varziner
Straße 11.

Wir suchen zum sofortigen
Eintritt:

Tüchtige

Verkäuferinnen

für die Abteilungen

Damenkonfektion

Handschuhe

Kämme, Haarschmuck

sowie

Telephonistinnen

und

Kontoristinnen

Meldungen: 12-2 Uhr mittags,
5-6 Uhr abends.

A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliancestr. 1/2

A. E. G. Lokomotivfabrik Hennigsdorf
sucht zum sofortigen Eintritt:
tüchtige, selbständige ältere Kesselschmiede
und tüchtige, selbständige ältere Vorzeichner
für Dampfmaschinen- und Lokomotivbau,
persönliche Vorstellungen in unserer Arbeiterannahme-
Zur l. von 7-9 Uhr vormittags. 8622*

Magenleidende trinten erziehen hervor-
ragende Heilerfolge.
Neu-Ragoczy-Heil-
quellen-Hausur
Verlangen Sie
Prospekte von den

Neu-Ragoczy-Heilquellen

durch das Propaganda-Bureau der Bad Neu-Ragoczy-Ätlien-Gesellschaft in Halle a. S., Barfüßerstraße 7 (Telephon 4867) oder von Gerhard H. D. Swan,
Berlin-Karlshorst, Prinz-Helrich-Straße 11. (Telephon Oberschöneweide 3201.)

Riesenwaffenschlebung.

Verfahren gegen den Erbprinzen v. Hohenlohe.

Wie die Korrespondenz B. S. erzählt, ist vor einigen Tagen gegen den aus dem Wien-Prozess bekannten Erbprinzen Gottfried v. Hohenlohe-Langenburg, einen Rittmeister v. Uruub und Oberleutnant Tölg bei der Staatsanwaltschaft III ein Verfahren wegen einer beabsichtigten Verschiebung von 2 Millionen deutscher Gewehre in Holland anhängig gemacht worden. Die drei genannten Herren wurden am 28. vorigen Monats auf Anordnung des Kommissars für Entwaflnung, Dr. Peters, verhaftet und der Staatsanwaltschaft des Landgerichts III zur Vernehmung vorgeführt. Nach Eröffnung des Verfahrens wegen Verschiebung des Entwaflnungsgesetzes vom 7. August 1920 wurden die Festgenommenen vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt. (Warum das? Red. d. „Vorw.“)

Tagung des Friedenskongresses.

Braunschw. 1. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der heutigen Sitzung des Friedenskongresses wurde nach einem Referat des Vertreters der freien Gewerkschaften Kroll folgende Resolution bezüglich des Völkerverbundes angenommen:

Der Völkerverbund nach seiner gegenwärtigen Fassung ist lediglich ein imperialistisches Bündnis zur Sicherung der Rechte der Sieger im Weltkriege. Von ihm hat die Arbeiterschaft im Allgemeinen und die deutsche Arbeiterschaft im Besonderen nichts zu erwarten. Die wahrhafte Völkerverbindung verkörpert sich heute in der Internationale der Arbeit und der Arbeiter. Sie zum Allgemeinwohl der Nationen zu machen, ist Aufgabe aller mit Kopf und Hand Schaffenden. Sie kann nur verwirklicht werden auf Grund der wahren Demokratie und des organischen Aufbaus des Wirtschaftslebens nach gemeinschaftlichen Grundsätzen, wie sie seit Jahrzehnten die deutsche gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft angestrebt hat und jetzt der Revolution durchführt.

Aus dem Friedenskongress ist noch bemerkenswert, daß starke Spaltungstendenzen bestehen, da der linke Flügel Versuche, Resolutionen einzubringen, in denen gegen alle Pazifisten, die für eine Volkswehr oder ein Milizsystem eintreten, der Ausschluß ausgesprochen wird. Bis jetzt hatte der rechte Flügel noch die Oberhand. Es scheint aber, als ob die radikalen Elemente den Kongress vorzeitig verlassen und damit sprengen wollen.

Heute abend fand eine Volksversammlung statt, in der die bekanntesten Pazifisten Quide, Förster, Dr. Helene Stöcker sprachen. Von „besseren“ jungen Leuten, anscheinend Studenten, wurden Versuche gemacht, die Referenten nicht ausreden zu lassen. Antisemitische Zurufe fielen. Doch als die Versammlung in der Mehrheit sich als Anhänger der Pazifisten erweist und Stellung gegen die Aufseherer nahm, verließen diese den Saal, so daß die Versammlung in Ruhe zu Ende geführt werden konnte.

Klage um das Sozialistengesetz.

Die Gedenknummer, die der „Vorwärts“ gestern zum Fall des Sozialistengesetzes herausbrachte, hat bei der deutschen „Deutschen Zeitung“ der alten Wunde unendlich schmerzliches Gefühl geweckt. Sie zitiert einige Sätze von Bernsteins Aufsatz, um zu ihnen zu bemerken:

Wir brauchen diesen Auslassungen weiter nichts hinzuzufügen, als daß nach unserer Ansicht die Sozialdemokraten allerdings voll berechtigt sind, diesen Gedenktag mit einer Siegesfeier zu begehen. Er brachte dem deutschen Bürgertum die erste Niederlage und stellt damit den Anfang des Leidensweges dar, der uns in die Schmach und das Elend des heutigen Deutschlands geführt hat.

Also, die Aufhebung des Sozialistengesetzes ist schuld daran, daß der Krieg verloren gegangen ist. Wäre dieses Gesetz gebildet, so würde Deutschland heute grünen und blühen. Folglich hätte der Wiederaufbau Deutschlands mit der Wiedereinführung des Sozialistengesetzes zu beginnen. Gut, daß man's weiß!

Die internationale Kreditfrage in Brüssel.

Brüssel, 1. Oktober. (W.V.) Finanzkonferenz. Der heutige Sitzungstag war der Untersuchung über die internationale Kreditfrage gewidmet. In dieser bedeutsamen Frage hielt der französische Vizepräsident Cellier das einleitende Referat. Er hat hervor, daß der Kapitalmarkt erst dann wirklich geneigt werde, sobald die Staatsfinanzen, der internationale Handel und das Geldwesen wieder in Ordnung seien. Vorläufig müsse man sich mit Exkursmitteln belassen. Hier sei u. a. auf kurzfristige Kredite zu verweisen, die für Rohstofflieferungen gewährt werden und die aus dem Erlös des verfallenen Fertigungsfabrikates gedeckt werden müssen.

In der anschließenden Diskussion sprach der belgische Ministerpräsident Delacroix über seine Vorschläge, eine internationale Bank zu gründen, die durch die Ausgabe von Obligationen die Mittel für den Wiederaufbau schaffen sollte.

In der Nachmittags-Sitzung sprach der Franzose Cheisson, der die eigenen Anstrengungen Frankreichs hervorhebt, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gemacht würden. Es seien hierfür rund 21 Milliarden Francs ausgeworfen. Für die italienische Delegation sprach der Senator Ferrari. In Italien sei die Finanz- und wirtschaftspolitische Lage als ernst zu bezeichnen, die heute durch die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe noch verstärkt wird.

Französischer Gewerkschaftskongress.

Paris, 1. Oktober. In der Freitagvormittags-Sitzung des Gewerkschaftskongresses in Orleans schilderte Jouhaux die Politik des Verwaltungsrates der C. G. T. in den letzten Jahren. Er behandelte auch die Arbeiterkonferenz von Washington und erklärte, diese Konferenz habe nicht die Ergebnisse erzielt, die man erwartet habe, weil die Widerheit der französischen Gewerkschaften Willen und die Arbeiterbewegung bekämpft hätte. Er habe bei der Konferenz eine neue Formel vorgebracht, den Gedanken der internationalen Kontrolle. Er verteidigte die neue Institution, die es gestatte, zu einem Organismus zu kommen, und die auch in gewisser Beziehung einen revolutionären Wert habe. Das Arbeitsamt sei eine Einrichtung, vor die man die Sorgen und die Wünsche der Arbeiterwelt bringen könne. Nachdem sich Jouhaux noch über den neu eingerichteten Wirtschaftsrat des allgemeinen Arbeiterverbandes ausgesprochen hatte, ging er auf die Frage der Nationalisierung ein und verteidigte die Grundzüge, die der wirtschaftliche Rat in dieser Hinsicht aufgestellt hat. Jouhaux sprach alsdann von der gewerk-

Sozialdemokratie und Groß-Berlin.

Eine sehr stark besuchte Konferenz der Parteifunktionäre fand am Freitagabend im „Deutschen Hof“ statt. Der Bürgermeister der Gemeinde Groß-Berlin, Genosse Adolf Ritter, behandelte das Thema:

Unsere Stellung zur Berliner Kommunalpolitik.

In großen Zügen schilderte er die Kämpfe, die unsere Partei seit vielen Jahren für den Gedanken der Einheitsgemeinde Groß-Berlin geführt hat, und wies darauf, daß jetzt, wo der Gedanke durch Gesetz verwirklicht ist, gegen Groß-Berlin Sturm gelassen wird von denen, die mit der Ausführung des Gesetzes nicht zufrieden sind. Der Redner besprach die Berliner Wahlergebnisse. Von etwa 1.500.000 Stimmen hat unsere Partei 142.000 erhalten. Damit können wir allen in einen allzu großen Einfluß auf die Gestaltung der kommunalen Verhältnisse nicht ausüben. Von den Mandaten haben wir 39, die Unabhängigen 88, das sind zusammen 52,5 Proz., also eine Mehrheit, wenn auch nur eine geringe. Als die Frage an uns herantrat, mit welchen Parteien zusammen den Magistrat bilden könnten, haben wir die Frage auch von dem Gesichtspunkt aus untersucht, welche Haltung die Parteien zur Republik und zur Monarchie einnehmen. Wenn gesagt wird, es handele sich doch um Vermittelungsangelegenheiten, die mit Politik nichts zu tun haben, so ist das nur bis zu einem gewissen Grade zutreffend. Darüber hinaus spielt die politische Parteilichkeit in der Verwaltung einer Gemeinde wie Groß-Berlin durchaus keine untergeordnete Rolle. Es fragte sich also, mit wem wir unter Wahrung unseres politischen Standpunktes zusammengehen könnten. Mit dem Zentrum und den Demokraten — wenn man diese Parteien überhaupt als Republikaner ansprechen kann — bilden wir keine Mehrheit. Auch noch mit den anderen bürgerlichen Parteien zusammenzugehen, ist für uns ausgeschlossen. Wenn wir den Unabhängigen gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen hätten, so würden das unsere Parteigenossen nicht verstanden haben. (Sehr richtig!) Die Unabhängigen sind an uns herangetreten, um einen Pakt mit uns zu schließen. Sie forderten, daß wir die Kandidatur des Oberbürgermeisters Wermuth unterstützen. Damit haben wir uns einverstanden erklärt. Falsch ist die hieraus gezogene Schlussfolgerung, Herr Wermuth habe sich mit Haut und Haaren den Unabhängigen verschrieben. Die weitere Forderung der Unabhängigen, nur besetzte Stadträte zu wählen, haben wir ebenfalls gebilligt, denn unter den heutigen Verhältnissen ist es unmöglich, die Geschäfte eines Groß-Berliner Stadtrates ehrenamtlich zu führen. Der Streit darüber, ob der Magistrat nur aus besetzten Mitgliedern bestehen darf, ist auf eine Unklarheit im Gesetz zurückzuführen. Die dritte Frage unserer Vereinbarung mit den Unabhängigen war die, ob wir mit ihnen zusammen sozialistische Politik machen sollen. Darüber gibt es bei uns selbstverständlich keine Meinungsverschiedenheiten, denn wir halten es für unsere Aufgabe, sozialistische Gemeindepolitik zu treiben. Das ist wichtiger als die Frage, ob auch ein Zentrumsmann oder ein Demokrat in den Magistrat kommt. Vor allem kommt es bei der Befragung des Magistrats darauf an, daß die demokratische Verwaltung gewährleistet wird. In den staatlichen Verwaltungsstellen wird ja häufig direkt gegen die Demokratie und die Vorschriften der Verfassung gearbeitet. Das darf in der Gemeindeverwaltung Berlin nicht geschehen. Wenn man zugeben muß, daß die Gemeinde die Keimzelle des Staates ist, dann verleihe ich nicht, daß man von uns verlangen könnte, wir sollten den Anhängern der Monarchie irgendwelche Konzessionen machen. (Beifall.) Auch dem vierten Punkt der Vereinbarung mit den Unabhängigen, daß auch die

Ratskandidat nicht Monarchist

sein dürfen, haben wir selbstverständlich zugestimmt. (Sehr gut.) Der Redner besprach die Ergebnisse der Magistratswahl. Am meisten umstritten war die Wahl des Oberbürgermeisters. Es hat sich gezeigt, daß Löwenstein, was Kenntnisse und Fähigkeiten für diesen Posten betrifft, besser ist als der Auf, den man um ihn verbriet hat. Selbst ein Mitglied der Demokratischen Partei hat gesagt, Löwenstein sei ein kleiner Pestalozzi, aber er sei auch, wie dieser, nicht als praktischer Lehrer tätig gewesen. Kann man uns zumuten, daß wir an einer verhältnismäßig so untergeordneten Frage, wie der der Befragung des Oberbürgermeisters, den ganzen Pakt mit den Unabhängigen scheitern lassen und einen Pakt mit den Bürgerlichen eingehen? (Nein, nein!) Das können wir nicht. (Sehr richtig!) Draußen wird mancher meinen, wir hätten es anders machen können. Aber man sagt nicht, wie wir es hätten machen sollen. Unseren Kritikern in den eigenen Reihen sage ich: Wer im Gladhaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Bei uns 31 gegen 29 Stimmen zum Oberbürgermeister von Kassel gewählt ist, der ist am allerersten legitimiert, uns vorzumwerfen, unser Verhalten sei diktatorisch gewesen. Wer als ehemaliges Mitglied des Parteivorstandes die Parole ausgegeben hat:

„Der Feind steht rechts!“

ist nicht legitimiert, und Vorwürfe zu machen, daß wir ein Taktmittel mit den Unabhängigen abgeschlossen haben. Darüber wird noch an geeigneter Stelle ein Wort geredet werden.

Weiter führte der Redner aus, die Demokraten hätten keine Ursache, sich zu beklagen, daß sie bei der Befragung des Magistrats zu kurz gekommen seien. Es ist unwise, wenn gesagt wird, wir hätten uns in das Schlepptau der Unabhängigen begeben. Es ist auch nicht wahr, daß wir diktatorisch vorgegangen sind. Die Bürgerlichen Parteien sind ja im Magistrat vertreten, dabei ist natürlich berücksichtigt, daß nur solche Bewerber in Frage kommen, die sich im Rahmen der republikanischen Staatsform

halten. Wir glauben, durch unser Verhalten der Kommunalpolitik einen durchaus guten Dienst geleistet zu haben. (Starker Beifall.)

Stadt, Hugo Heimann, der als erster Diskussionsredner sprach, rechtfertigte die Haltung unserer Parteigenossen. Nachdem sich die Unabhängigen zur gemeinsamen Arbeit auf dem Boden der Demokratie angeboten hatten, durfte sie von der Mitarbeit nicht ausgeschlossen werden zugunsten der bürgerlichen Parteien. Das würden unsere Genossen nicht zugeben. (Zustimmung.) Sein Mitglied unserer Fraktion und ferner unserer Genossen im Magistrat denkt daran, auch nur ein Zupacken von unserer Selbstständigkeit zugunsten der Unabhängigen anzugehen. Wir haben es durchgesehen, daß die Unabhängigen, die zu den Hauptkräften für Moskau gehören, nicht in den Magistrat gewählt worden sind, obgleich damals, als wir mit den Unabhängigen verhandelten, noch nicht vorausgesehen war, daß die Spaltung der Unabhängigen wegen der Frage für oder gegen Moskau so rasch bevorstehe. Ich hoffe, daß nach der heutigen Aussprache die Parteifunktionäre die Haltung unserer Fraktion billigen werden. (Beifall.)

Ernst Heimann: Unsere Parteigenossen haben verhängnisvolle Fehler gemacht, die die Parteibewegung in Berlin auf das schwerste hemmen werden. Unsere Genossen haben übersehen, daß, wenn sie auch in Berlin die Mehrheit haben, wir doch nicht über die Mehr-

heit in der Preussischen Landesversammlung verfügen, und daß, wenn sie das Gesetz so anzuwenden, wie sie es getan haben, eine Änderung des Gesetzes nicht abzuwenden ist. Unsere Genossen übersehen auch, daß die

Unabhängigen keine feste Partei

find, und die von unseren Genossen herausgetretene Mehrheit nicht besteht und der Magistrat bald nur eine Minderheit hinter sich haben wird. In den Städten, wo die sozialdemokratischen Stadtverordneten in der Mehrheit sind, oder Sozialdemokraten im Magistrat sitzen, werden die Bürgerlichen Rebellen für Berlin nehmen und die Sozialdemokraten aus dem Magistrat entfernen. Wenn Genosse Ritter droht, er werde auf dem Parteitag mit dem Genossen Scheidemann abrechnen, so möchte ich ihm raten, das zu unterlassen (Widerspruch), denn der Parteitag wird eine Mehrheit gegen das Vorgehen der Berliner haben. Gegen die Grundzüge, die Genosse Ritter für die städtische Verwaltung aufstellt, ist nichts einzuwenden. Aber die Herren Emonts und Stolt sind keine besseren Vertreter der Demokratie und der Republik wie die Deutschnationalen. (Widerspruch.) In unserem Kommunalprogramm fordern wir für die Gemeindeverwaltung das Einkammersystem, das heißt, die Verwaltung soll der Zusammenfassung der Stadtverordnetenversammlung entsprechen. Wir haben nicht das Recht, ein Ausschlaggesetz zu machen, weder gegen Kommunisten noch gegen Monarchisten. Der Ausschluß der Bürgerlichen aus dem Magistrat ist das beste Mittel, sie gegen uns zusammenzubringen und ihren Widerstand zu stärken. Als Demokraten haben wir den Magistrat nach dem Willen der Wähler zusammenzusetzen. Wenn das in Groß-Berlin befolgt Prinzip auch in den Bezirken angewandt wird, dann werden in den sechs Bezirken mit bürgerlicher Mehrheit die Sozialdemokraten aus dem Magistrat ausgeschlossen. (Zuruf: Wird sowieso gemacht!) Nein, die bürgerlichen Parteien haben in der Landesversammlung die Erklärung abgegeben, einen Vertrag über alle Bezirke abzuschließen, wonach die Bezirksleitung der Stärke der Fraktionen entsprechend zusammengesetzt werden sollen. Ich rate unseren Genossen, auf diesen Vertrag einzugehen. Wenn wir sechs Bezirke mit bürgerlicher und vierzehn Bezirke mit sozialdemokratischer Verwaltung bekommen, so gibt das einen unerträglichen Zustand des Durcheinanderarbeitens, der für die Gesamtgemeinde unheilvoll sein wird. Unsere Parteigenossen hätten vor dem Abschluß des Pakts mit den Unabhängigen an die Öffentlichkeit treten, ihren Standpunkt darlegen und nicht alles vertraulich verhandeln sollen. Sie hätten den Standpunkt einnehmen sollen: Wir sind das Junglein an der Waage, ohne uns können weder die Unabhängigen noch die Bürgerlichen die Leitung der Gemeinde durchführen. Von diesem Standpunkt aus hätten unsere Genossen ihre Forderungen durchsetzen sollen. Dann hätten sie, getragen vom Strom der öffentlichen Meinung, an ein besseres Ziel gelangen können.

Franz Krüger wandte sich gegen die von Heilmann vertretenen Anschauungen. Die Auseinandersetzung auf dem Parteitag sei nicht von uns, sondern von anderer Seite angebrocht worden. Wir können dieser Auseinandersetzung mit Ruhe entgegensehen. Ein Zusammenarbeiten mit den Rechtsparteien ist aus politischen und anderen Gründen heute weniger möglich als mit den Unabhängigen, wenn diese zum Zusammenarbeiten auf vernünftiger Grundlage bereit sind. Heilmann sagt, die Unabhängigen bilden kein festes regierungsfähiges Parteigebilde. Ja, ist es denn mit den bürgerlichen Parteien anders? Demokraten und Zentrum, die als Koalitionsparteien für uns in Frage kämen, sind doch auch keine festen Parteigebilde. Das Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen ist eher möglich als mit irgendeiner bürgerlichen Partei. Es gibt keine Stadt mit einer bürgerlichen Mehrheit, die einen sozialdemokratischen Magistrat wählen würde. Sollen wir denn, wo wir eine sozialdemokratische Mehrheit haben, einen Magistrat nach den Wünschen der Bürgerlichen wählen? Sollen wir die Koalition mit den Bürgerlichen in der Landesversammlung nur dadurch aufrechterhalten, daß

wir ihnen immer nachgeben?

Ich meine, die Rechtspositionen, die sich die Arbeiter errungen haben, müssen sie ausnützen. Das Bürgertum gibt ja von seinen Nachposten auch nicht ein iota an uns ab. (Zustimmung.) Die Bürgerlichen wollen der neuen Gemeinde den Boden unterwühlen, sie wollen zeigen, daß eine sozialdemokratische Mehrheit nicht arbeiten kann. Deshalb ist es unsere Aufgabe, zu zeigen, daß die sozialistische Mehrheit auch ohne die Bürgerlichen mit Erfolg arbeiten kann. Sollten die Bürgerlichen in der Landesversammlung den Minister Severing stützen, wenn er Löwenstein befristet, so würden wir uns zu fragen haben, ob sie noch geeignete Bundesgenossen für uns sind. (Zustimmung.) Unsere Politik mag Mängel haben, aber hätten wir eine andere Politik befolgt, dann würden sich noch größere Mängel gezeigt haben. Es handelt sich bei unserer Berliner Kommunalpolitik nicht um die Befähigung des Proporzwahlsystems, was ja nicht gleichbedeutend ist mit Demokratie, sondern um die Erhaltung einer Rechtsposition, die man uns aus den Händen winden will. Vor Trübungen der Bürgerlichen dürfen wir nicht zurückweichen. Wir müssen auch in diesem Falle zeigen, daß der Zustand nicht wiederkehren darf, wo man gegen die Arbeiter regiert. (Starker Beifall.)

Nachdem ein Vertagungsantrag angenommen war, erhielt noch Genosse

Leinert, Präsident der Landesversammlung,

das Wort. Er erklärte das Verhalten der Berliner Genossen für einen Fehler. Durch ihre Politik werde nicht unsere Macht, sondern die Macht der Unabhängigen gestärkt. Es sei sehr bedenklich, diese uns aufgezwungene Politik mit Gelden unserer Parteipolitik zu verteidigen. Der Ausschluß der Bürgerlichen sei ein Unrecht und ein Verstoß gegen die Demokratie, ohne die wir nicht auskommen können. Der Redner betont, er wolle sich nicht in die Berliner Verhältnisse einmischen, aber ein Recht, darüber zu reden, habe er, weil die Berliner mit ihrem Verhalten den Parteigenossen im Lande die Schellen einwerfen. Genosse Scheidemann sei in Kassel nicht mit dem vom Genossen Ritter angeführten Stimmenverhältnis, sondern mit 41 gegen 29 Stimmen gewählt. Draußen werde von den Leuten, die für die Zerstückelung Preußens Stimmung machen, nach der Parole: „Los von Berlin“ jede Gelegenheit benutzt, um alles, was in Berlin vorgeht, in ihrem Sinne auszuwerten. Das sollten die Berliner Parteigenossen bedenken und bei ihrer Politik berücksichtigen. Die Genossen sollten ihre Kommunalpolitik nicht als eine Berliner Angelegenheit betrachten, sondern immer denken an ihre Rückwirkung auf die Provinz. Wenn die Berliner Genossen eine führende Stellung einnehmen wollen, dann sollen sie ihr Verhalten so einrichten, daß es die Genossen draußen im Lande nachmachen können. (Beifall.)

Um 11 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

schafflichen Internationale und von der Ernennung des neuen Präsidenten Appleton, den er nicht vorgeschlagen habe, sondern der der Kandidat der Trade-Unions gewesen sei. Jouhaux wird seine Rede in der heutigen Nachmittags-Sitzung fortsetzen. Nach Beendigung der Rede Jouhaux würde der Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrates mit 1482 gegen 591 Stimmen bei 50 Stimmenthaltungen gutgeheißen. Jouhaux sagte in seiner Rede, er habe schon früher sein Urteil über Leigen gefällt; er sehe in ihm nur den Vertreter der deutschen Arbeiter; die Gewerkschaftsinternationale sei auch gegen den Amerikaner

Gompers. Jouhaux verlangte einheitliches Handeln, um die Rohstoffe der Welt allen Nationen zuzuteilen. Nach der „Humanität“ ist die Erklärung Jouhaux mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden, daß gegenüber der Drohung Millierands, daß Ruhrgebiet zu besetzen, ein Einberufungsbescheid mit den deutschen Arbeitern erteilt sei.

Überhebung der Reichswehrtruppen. Mit dem 1. Oktober wird die Zahl der Reichswehrtruppen gemäß dem Spaer Abkommen auf 150.000 Mann vermindert.

Gewerkschaftsbewegung

Stärkt die Reihen.

Recht beherzigenswerte Worte, die auch für viele Mitglieder anderer gewerkschaftlicher Organisationen Geltung haben, richtet der Vorstand des Verbandes der Gärtner in der „Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung“ an seine Berufscollegen. Der Vorstand schreibt dort:

Im sozialen Krieg, und das ist das Ringen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gelten dieselben Regeln wie im militärischen Krieg: Für den Angriff rufen, die Kampftruppen stärken und auffüllen, um dann den Angriff unternehmen zu können, wenn sein Gelingen sicher ist. Diesen Zeitpunkt werden wir selbst bestimmen, uns also nicht vom Gegner dazu reizen lassen. Wir müssen deshalb die jetzige Zeit benutzen, um unsere im letzten Jahre gewonnenen Mitglieder zu Kämpfern zu erziehen. Daran mangelt es noch überall. Die neuen Mitglieder kommen zur Organisation, um durch diese ihre Lage zu verbessern. Sie glauben vielfach, daß der Eintritt in den Verband dafür schon genügt, ohne selbst mit Hand anzulegen. Sie verstehen noch nicht, daß sie selbst ein Teil des Verbandes sind und kraftvoll mit Hand anlegen müssen, um die elenden Berufsverhältnisse zu ändern, an denen die ungeheuren Mitglieder, wie die große Zahl der unorganisierten Kollegen selbst schuld sind. Denn sie waren es, die bisher jedem Fortschritt Hindernisse in den Weg legten. Wäre die große Mehrzahl unserer Kollegen so wie in anderen Berufen seit Jahrzehnten organisiert, läge es auch bei uns anders aus. Das muß jeder einsehen und muß deshalb bestrebt sein, das Verfallene nachzuholen. Es heißt mit Recht: Kom ist auch nicht in einem Tage erbaut. Und auch unsere Berufsverhältnisse können sich nicht von heute auf morgen ändern. Dazu bedarf es jahrelanger, unermüdlicher Arbeit der zusammengefaßten Masse und eines jeden Einzelnen.

Darum rafft Euch auf, erkennt den Zusammenhang der Dinge und habt Ihr den begriffen, dann klärt auch die noch abseitsstehenden Kollegen und Kolleginnen auf, und begeistert sie für unsere Ziele und Ideale!

Zammen und Klagen über die Einsichtslosigkeit der Unternehmer ist zwecklos, denn sie haben nach dem Ausspruch eines alten Kämpfers der Arbeiterbewegung „dort, wo andere Menschen ein Herz haben, einen Stein“. Sie kennen nur ihren Profit, alles andere ist ihnen Nebensache. Nur durch geschlossene und kraftvolle Organisation können wir das Unternehmertum niederzwingen.

4. Internationale Buchbinder-Konferenz.

Bern, 29. September 1920. (Eig. Bericht.)

Nach einer Pause von sieben Jahren traten am 28. September in der Schweizer Bundeshauptstadt Bern die Vertreter der Buchbinderverbände zur 4. Internationalen Konferenz zusammen, um die durch den Krieg gelockerten internationalen Verbindungen wieder zu festigen. Vertreten sind aus den folgenden 12 Ländern 14 Organisationen durch 27 Delegierte. Es entsandten: Belgien 1 Vertreter, Dänemark 1 Vertreter, Deutschland 5 Vertreter, England 3 Vertreter, Italien 3 Vertreter, Niederlande 2 Vertreter, Norwegen 1 Vertreter, Oesterreich 1 Vertreter, Schweden 1 Vertreter, Schweiz 6 Vertreter, Tschechoslowakische Republik 2 Vertreter und Ungarn 1 Vertreter. Mit den Organisationen in Bosnien, Brasilien, Bulgarien, Kroatien und Slavonien und Spanien war eine Verbindung nicht möglich, während die Verbände in den Vereinigten Staaten, Finnland und Frankreich, zum Teil aus internen Verhältnissen, eine Vertretung zu senden nicht in der Lage waren. Die französische Kollegenschaft berichtete, daß sie den Anschluß an die Buchbinder-Internationale baldigst vollziehen werde. Eine Delegation der russischen Kollegenschaft durfte den Schweizer Boden nicht betreten. Die russische Delegation war bis nach Basel gekommen, sie mußte leider unverrichteter Sache wieder die Heimreise antreten. Die Internationale Konferenz bedauerte diesen engstirnigen Standpunkt der Schweizer Regierung aufs tiefste, war aber nicht in der Lage, dies Resultat zu ändern.

Die Konferenz wurde am 28. September durch den stellvertretenden Sekretär Hauelsen-Berlin mit herzlichster Begrüßung der erschienenen Delegierten eröffnet.

Zunächst entspann sich eine längere Debatte über die Besetzung des Bureaus der Konferenz. Van Staechen-Belgien hält es für angebracht, die deutsche Delegation aus dem Präsidium fernzuhalten, um ein gedeihliches Verhandeln zu ermöglichen. Es sei doch nicht ganz ausgeschlossen, daß dennoch Kriegsfragen zur Debatte mit stehen werden, und da sei es wohl gut, wenn ein neutrales

Bureau die Verhandlungen leite. In der Debatte betont Hauelsen-Berlin mit allem Nachdruck das Recht der deutschen Delegation, im Bureau mit vertreten zu sein. Die Deutschen halten sich hierzu noch immer für würdig. Da die Konferenz praktische Arbeit leisten soll, wird sie kaum dazu kommen, sich über die vergangenen Zeiten zu unterhalten.

Zu der Konferenzleitung werden Johann als Vorsitzende Brückner-Berlin und van der Veel-Amsterdam sowie Hochstrasser-Bern als Protokollführer gewählt.

Hauelsen-Berlin als Stellvertreter internationaler Sekretär stellt fest, daß nach dem Verlauf der letzten (3.) Konferenz zu erwarten stand, daß der Gedanke der internationalen Solidarität weiter tiefe Wurzeln schlagen würde, und daß die dem Internationalen Buchbindersekretariat noch nicht angegliederten Verbände den Anschluß baldigst vollziehen würden. Der Krieg habe alle Hoffnungen auf intensiveres Zusammenarbeiten vernichtet. Im Frühjahr 1919 wurden erneut Bemühungen unternommen, die losen Verbindungen wieder zu festigen. Nach erfolgter Vorüberlegung war eine Konferenz für Mitte September 1919 in Amsterdam in Aussicht genommen, an der teilzunehmen sich jedoch nur die Organisationen von Dänemark, Deutschland, Holland und Norwegen bereit erklärten. Diese geringe Beteiligung verhinderte den Zusammentritt. Im Sommer 1919 hatte in Belgien bereits eine Zusammenkunft von Vertretern der belgischen und französischen Verbände stattgefunden, auf der beschlossen wurde, am 24. und 25. August eine Vor-Konferenz in Paris abzuhalten. An dieser Konferenz nahmen teil England mit drei Organisationen, Belgien mit einer, und Frankreich entsandte 10 Vertreter verschiedener Organisationen der graphischen Berufe. Das Internationale Sekretariat war nicht in Kenntnis gesetzt worden. Der Schweizer Verband hatte abgelehnt mit der Begründung, nur dann teilnehmen zu können, wenn auch die anderen Organisationen geladen werden. Diese Vor-Konferenz wünschte die Verlegung des Sitzes des Sekretariats aus Deutschland und die Bestellung des Internationalen Bureaus aus verschiedenen Ländern. Die einzelnen graphischen Internationalen Sekretariate sollten sich alle im gleichen Lande befinden. Der Bericht klagt weiter über mangelhafte Angaben, die zu statistischen Uebereinstimmungen und Zusammenstellungen verlangt waren. Die Beitragsleistung an das Internationale Sekretariat ist während des Krieges von fast allen Organisationen eingestellt worden, nur der deutsche Verband, der norwegische und der österreichische sind ihren Verpflichtungen nachgekommen. — Zum Schluß würdigt Hauelsen noch den heroischen Kampf der ungarischen Kollegenschaft.

Darauf wird in die Diskussion über den Bericht eingetreten.

Vom Streik der Mühlenarbeiter.

Die streikenden Mühlenarbeiter hörten am Freitag in einer überfüllten Versammlung den Bericht ihrer Kommission, den Träger erstattete. Auf Veranlassung des Reichs-Arbeitsministeriums haben beim Demobilisierungskommissar Verhandlungen stattgefunden. Dabei suchten die Mühlenbesitzer auf den Kommissionen dahin einzuwirken, dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, auf dessen Durchführung die Mühlenarbeiter bestehen, keine Rechtsverbindlichkeit zu verleihen. Ueber ihr bekanntes Angebot wollen die Mühlenbesitzer nicht hinausgehen. Bevor an eine etwaige Verschärfung des Kampfes gedacht werden könne, meinte Redner, wäre die Entscheidung des Demobilisierungskommissars abzuwarten. Es folgte eine lebhafte Debatte.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wurden mit Entschiedenheit die Ausführungen der Unternehmer vor dem Demobilisierungskommissar als unrichtig zurückgewiesen. Dabei wird betont, daß der Schiedsspruch in seiner schriftlichen Ausfertigung herbeizuführen, daß die bisherigen Löhne derart niedrig waren, daß eine erhebliche Erhöhung angemessen erscheine. Dann fand die Resolution weiter: Die Einwendung der Unternehmer, sie könnten die höheren Sätze des Schiedsspruchs nicht zahlen, widerspricht der Tatsache, daß von der Reichsgetreidekasse in den mit den Müllerverbänden am 13. August vereinbarten Rabalöhnen bereits ein Durchschnittslohn von 200 M. für die Mühlenarbeiter abgegolten wird. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes und des Schiedsspruchs erklären die Streikenden, von den im Schiedsspruch vorgesehenen Sätzen unter keinen Umständen abzugehen und bis zu ihrer Durchführung den Streik fortzusetzen. Für alle eventuell sich ergebenden Ernährungsschwierigkeiten sind die Unternehmer verantwortlich.

Die Mofstermühle in Spandau hat den Schiedsspruch anerkannt und wünscht, daß ihre Leute aus dem Streik herausgelassen werden, demgemäß wird beschlossen, so daß in der Mofstermühle die Arbeit sofort wieder aufgenommen wird.

Am Südoßspeicher ist die Entlassung von 16 Speicherarbeitern zu befehlen, wenn sie ihre Weigerung, für die Viktoriamühle bestimmtes Getreide abzuladen, fortsetzen. Für diesen Fall beschloß die Versammlung einstimmig, nicht eher wieder die Arbeit aufzunehmen, bis auch die 16 Speicherarbeiter wieder eingestellt sind.

Die Tarifverhandlungen in der Chirurgie-Mechanik.

In der Sitzung vom 27. September beharrten die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt, einen Lohnabbau vorzunehmen. Auf die Gegenanschläge der Arbeitnehmer einzugehen, lehnten sie ab. Da-

gegen wünschten sie eine neutrale Stelle sprechen zu lassen. Die Unternehmer werden nunmehr den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anrufen. Die Verhandlung soll unter unparteiischer Forcht stattfinden. Der Unparteiische wird vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ernannt werden. Die Angeestellten sind fest entschlossen, keinerlei Lohnabbau vorzunehmen zu lassen, da gerade ein solcher die alten branchenfremden Angeestellten sehr schwer treffen würde.

Die Arbeiterchaft der Branche hat bereits in Versammlungen hierzu Stellung genommen und ihre Solidarität erklärt.

Der Tarifvertrag im Gleits-Großhandel, der am 2. Juli zwischen dem Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels und dem Zentralverband der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, abgeschlossen wurde, ist vom Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt worden, und zwar rückwirkend ab 15. August 1920. Wir erlauben alle Angestellten dieser Branche, bei ihren Arbeitgebern wegen Anerkennung des Tarifes vorstellig zu werden und uns bei eivil. Streitfällen sofort Mitteilung zu machen.

Der Tarifvertrag ist im Verbandsbureau des Zentralverbandes der Angestellten, Bezirk Groß-Berlin, Abteilung Großhändlerverkauf, Belle-Alliancestr. 7/10, gegen Erstattung der Unkosten von 1,25 M. zu haben. Zentralverband der Angestellten.

Ein Jubiläum. Die Allenburger Zahlstelle des Transportarbeiterverbandes konnte dieser Tage auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

451.655 M. Arbeitslosenunterstützung zahlte der Deutsche Bauarbeiterverband im zweiten Vierteljahr 1920. Insgesamt waren 15.906 Unterstützungsfälle zu erledigen. Während derselben Zeit wurden in 8.886 Fällen 240.873 M. Krankenunterstützung gezahlt. Nach einer am 13. September vorgenommenen Zahlung betrug die Zahl der Verbandsmitglieder 498.1000, davon waren 20.984 arbeitslos, 10.568 Mitglieder wurden unterstützt. Gegenüber dem letzten Zahlenbericht hat sich die Zahl der Arbeitslosen um 1168 verringert.

Zentralverband der Angestellten. Orte: Fachgruppe 15b (Handel/lehre) Mitgliederversammlung 8 Uhr, Alter Botaniker, Anhaltstraße 11. Fachgruppe 4a (Privatversicherung). Obste und Vertrauensleute. Sitzung 1 Uhr Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25.

Soziales.

Invaliden dritter Klasse.

Wir veröffentlichen in der Freitagabendausgabe die Zuschrift eines Invalidentrentners, der mit Recht darauf hinwies, ein wie unhaltbarer Zustand es sei, wenn die Invalidentrentner im Monatslohn von 52 M. erhalten. Aber auch in anderer Hinsicht sind die Invaliden Stiefkinder des Staates. Ein großer Teil der Invaliden bedarf der ärztlichen Pflege und der Kur. Hier verlagern die Versicherungsanstalten vollständig, wenn eine Wiederherstellung der Arbeitskraft und infolgedessen der Fortfall der Rente nicht zu erwarten ist. Wir führen als Beispiel drei Fälle an. Das eine Mal handelt es sich um einen Ganzinvaliden (Nährstoffschwäche, chron. Lungenarteriosklerose, chron. Herzmuskelschwäche, chron. Mittelohrlärsen mit hochgradiger Schwerhörigkeit) der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt; der früher 14 M. 45 Pf. monatlich als Invalidentpension bezog und heute auf den fürstlichen Monatsbezug von 44 M. 45 Pf. gesteigert worden ist. Eine Tuberkulose warf ihn darnieder. Ein Genesung und Ausnahme in eine Erholungsstätte wurde abgelehnt, da Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit ausgeschlossen ist. — Im andern Fall bemühte sich ein an Lungentuberkulose leidender Ganzinvalide der Landesversicherung Brandenburg (Rentenbezug 50 M. monatlich) zwecks Wiederherstellung seiner Arbeitskraft um Aufnahme in eine Heilstätte. Dem Ersuchen wurde stattgegeben, die Kur aber abgebrochen, als der ärztliche Befund ergab, daß bei längerer Behandlung leichte Arbeitsfähigkeit zwar erzielt, volle Arbeitsfähigkeit aber nicht erwartet werden könne.

Normal läßt sich gegen diese Entscheidungen nicht einwenden; es ist sogar die Frage, ob ein anderer Entscheid im Bereich der Möglichkeit liegt. Aber moralisch liegt hier doch ein schweres Versäumnis bei Volksgenossen vor, das derartige gefühllos verbriefte Zustände duldet. Wir haben heute faktisch drei Klassen von Invaliden: den Kriegsinvaliden mit einem Monatsbezug von circa 700 M., den Militärinvaliden mit einem Monatsbezug von circa 300 M. und den Arbeitsinvaliden mit einem solchen von circa 50 M. Mit dem demokratischen Sozialempfinden unserer Zeit, die eine Unterhaltungsspflicht der Allgemeinheit den schuldlos Arbeitslosen gegenüber (zu denen ja die Invaliden auch gehören), anerkennt, ist das nicht vereinbar. Diese Verhältnisse scheinen nach einer Neuregelung der Arbeitslosen- und Invalidenfrage auf gemeinamer Grundlage, die das Existenzminimum gesetzlich regelt.

Briefkasten der Redaktion.

9. 8. 20. 1. Vormann Rühl, Brückstr. 39; Zizendroht, Charlottenstraße 27. 2. Benzin; ein anderes Mittel ist uns nicht bekannt. — P. R. Die Adresse der Soz. Partei in Griechenland konnten wir nicht ermitteln. —

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Bestler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Meise, Berlin. Verlag: Schmidt-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Kundenstr. 2. Hierzu 1 Beilage.

KINDER-WOCHE

Beginn: Montag, den 4. 10. 20

Vorverkauf: Sonnabend, den 2. 10. 20

Aussergewöhnlich billige Angebote!

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE
ALEXANDERPLATZ
FRANKFURTER ALLEE